

Die neue Hochschule

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst



- Interview mit der Hessischen Wissenschaftsministerin Ruth Wagner
- Günther Edler Personalreform
- Winfried Schulze Profilbildung und Differenzierung
- Herman Blom Der Professor als Coach
- Dieter Leuthold Deutsch-Niederländisch-Flämische Hochschulkonferenz
- Besoldungsreform wird Sparpolitik geopfert

Profilbildung und Differenzierung

Nicht nur anders. Sondern besser.



Examenswissen Marketing

Mit der Buchreihe **EXAMENSWISSEN MARKETING** liegt erstmals eine umfassende und aktuelle Darstellung des Fachgebietes vor, die die besonderen Bedürfnisse und Anforderungen Studierender berücksichtigt.

Die Aufteilung in fein aufeinander abgestimmte, jedoch in sich geschlossene Einzelbände ermöglicht es sowohl, sich den gesamten Marketing-lehrstoff zu erarbeiten, als auch nur einzelne Themenbereiche punktuell zu vertiefen.

Der Herausgeber Prof. Werner Pepels, selbst Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Thema Marketing, hat für diese Reihe Autorenteams aus Wissenschaft und Praxis gewinnen können. Jeder dieser ausgewiesenen Experten behandelt in einem oder mehreren Kapiteln sein Spezialgebiet.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag.

 **Fortis FH**

Fuggerstraße 7
51149 Köln
Fon: 02203 / 302982
Fax: 02203 / 302940
www.fortis-verlag.de



- 1 Dr. Dipl.-Psych. G. Felser/Prof. Dr. P. Kaupp/ Prof. W. Pepels
Käuferverhalten
ISBN 3-933430-36-4 / DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 2 Dr. C. Lötters/Prof. Dr. G. Theuner/Prof. Dr. F. Unger/
Prof. Dr. R. Wöller
Marketingforschung
ISBN 3-933430-37-2 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 3 Dr. C. Lötters/Prof. Dr. H.-D. Kleinhückelskoten/
Prof. W. Pepels
Produkt- und Programmpolitik
ISBN 3-933430-38-0 / DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 4 Prof. K. Birker/Prof. Dr. S. Häberle/ Prof. Dr. M. Martin/
Prof. Dr. T. Siebe/Prof. Dr. G. Theuner
Preis- und Konditionenpolitik
ISBN 3-933430-39-9 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 5 Prof. P. Ammann/Prof. Dr. J. Daduna/ Prof. Dr. J. Schmidt/
Prof. Dr. P. Winkelmann
Distributions- und Verkaufspolitik
ISBN 3-933430-40-2 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 6 Prof. Dr. R. Busch/N. Durante/Prof. Dr. F. Unger/ P. M. Rose
Kommunikations- und Identitätspolitik
ISBN 3-933430-41-0 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 7 Prof. Dr. M. Zerres
Marketingstrategie und Rechtsrahmen
ISBN 3-933430-47-X / DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 8 Prof. Dr. T. Czenskowsky/Dr. K. Füsler/ Fritz Thomas
Marketingkoordination
ISBN 3-933430-42-9 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 9 Prof. Dr. J. Altmann/Prof. Dr. H. Auerbach/ Prof. W. Pepels
Spezielles Marketing
ISBN 3-933430-43-7 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 10 Dr. A. von Ahnen/Prof. Dr. J. Hesse/Prof. W. Pepels/
Prof. Dr. J. Piontek/Dr. D. Schneider
Integratives Marketing
ISBN 3-933430-44-5 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 11 Prof. Dr. J.-M. Holm/Prof. Dr. H.-D. Kleinhückelskoten
Marketing-Mix
ISBN 3-933430-45-3 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 12 Prof. Dr. H. Holland/Prof. Dr. H.-P. Hossinger/
Prof. Dr. Dr. T. Jaspersen/Prof. Dr. G. Metzger/
Prof. Dr. H. J. Schmengler/Prof. Dr. H.-W. Schuster/
Prof. Dr. G. Seigel
Marketing-Schnittstellen
ISBN 3-933430-46-1 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 13 **Fallstudien im Marketing**
ISBN 3-933430-48-8 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50
- 14 C. Eisler-Mertz/H. Kellner/Prof. Dr. W.-D. Mangler/
Prof. W. Pepels/Prof. A. Ruschel/ Prof. Dr. G. Siedenbiedel/
Prof. Dr. T. Stelzer-Rothe/Prof. Dr. C.-R. Weisbach
Schlüsselqualifikationen im Marketing
ISBN 3-933430-49-6 / ca. DM 34,80/ATS 254,-/CHF 32,50

Hochschulen unter Druck

Betr.: Die neue Hochschule, Heft 3/99, S. 23
 Bericht vom Bildungskongreß der Bertelsmann Stiftung
 Leserbrief an die Frankfurter Zeitung, abgedruckt am 07.05.99

Das ingenieurwissenschaftliche Zentrum Köln-Deutz der Fachhochschule Köln



Die Euphorie der Bildungsrede Bundespräsident Herzogs (F.A.Z. vom 14. April) kann man sicher am besten nachempfinden, wenn man sich in einer privaten Hochschuleinrichtung, einer wirtschaftsnahen Stiftung oder in den Kreisen der Wissenschaftsfunktionäre bewegt. Wer in der „muffigen Routine“ staatlicher Hochschulen arbeitet, empfindet sie eher als Heuchelei. Niemand darf da vom Studium abgehalten werden; kein einzige Begabung darf leichtfertig verschenkt werden: nur, wie man sie erkennen soll, wenn immer mehr Studenten mit immer weniger Personal durchgeschleust werden sollen, das bleibt das Geheimnis.

Die Lehre wird nach wie vor verachtet – jedenfalls soweit sie über das eigene Spezialgebiet hinausgeht. Wer es sich irgend leisten kann, gibt sie an Assistenten und Lehrbeauftragte weiter, nur den Fachhochschulprofessoren zwingt man zum Ausgleich ein übermäßiges Lehrdeputat auf, was wahlweise erfordert, daß die fachliche Qualität, die Förderung der Studierenden, der Praxiskontakt oder die Forschungstätigkeiten eingeschränkt werden. Letzteres führt dann dazu, daß man in akademischen Kreisen besonders abschätzig behandelt wird, was dann auch noch die letzten Gutwilligen von der Lehraufgabe abschreckt. Das wichtigste Qualitätskriterium, das neuerdings für Professoren gilt, ist die Höhe der eingeworbenen Drittmittel.

Dazu kommt, daß immer mehr Verwaltungs- und Steuerungsaufgaben auf die Selbstverwaltungsorgane übertragen werden, ohne daß sie die erforderlichen Mitarbeiter, Geldmittel und Befugnisse bekommen, daß ständig neue Reformexperimente, Verordnungen, Qualitätspakte und ähnliches von oben befohlen werden, ohne daß der Sachverstand der Beschäftigten nennenswert

eingebunden würde, und daß zusätzlich im Rahmen sogenannter Hochschulautonomie immer weniger Geldmittel in den freien Verteilungskampf nach unten geschüttet werden.

Und die Prüfungsbelastung, die mit der Qualität einer Ausbildung

und der Menge der Studierenden zweifach wächst, verißt man aus diesem komfortablen Abstand völlig. Es geht nicht so sehr um ein paar Mark oder ein paar Zeitverträge mehr oder weniger – die Verwaltungsstruktur, die Arbeitsbedingungen, die verborgen wirkenden Regeln an den staatlichen Hochschulen setzen falsche Anreize, und ein Teil davon ist der Selbstgefälligkeit unserer Bildungsreformer und -verwalter geschuldet, die sich selbst weder der Verantwortung gegenüber den Studierenden und den bestehenden Einrichtungen noch dem Wettbewerb stellen.

Professor Dr. Helga Spindler, Köln

Begleitbrief an die *DNH*: ... Daß die Fachhochschulen weniger oder eigentlich gar nicht im Blickfeld dieser Bildungsreformer liegen, war mir bei der Lektüre auch aufgefallen.

Gleichzeitig ist noch ein bißchen Erfahrung eingeflossen, die ich kürzlich bei meinem Wechsel von der FH Köln an die Universität – GH Essen gemacht

habe. An den nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen gibt es im übrigen starke Tendenzen, sich von den Fachhochschulstudiengängen und -professoren abzusetzen, in der Hoffnung, damit den Ruf im universitären Bereich aufzubessern. Die „Neue Mercator-Universität“ Duisburg hat gerade den Antrag gestellt, den Zusatz Gesamthochschule zu streichen und alle diesbezüglichen Studiengänge aufzugeben, mit dem Ziel das „Leistungsniveau in Forschung und Lehre...– über den Landesdurchschnitt anzuheben“. An der Universität – GH Essen wird im Rahmen des sogenannten „Qualitätspakts“ neben andern Modellen der Umgestaltung auch das „Universitäts-Modell“ diskutiert, nach dem die Fachhochschulstudiengänge aufgegeben werden sollen.

Interessant waren auch meine Erfahrungen beim Weggang von der Fachhochschule Köln. Nachdem ich den Ruf auf eine auswärtige C3-Stelle hatte, gab es Versuche an der Fachhochschule, wo ich eine C2-Stelle besetzte, Bleibeverhandlungen einzuleiten. Dies wurde durch das zuständige Wissenschaftsministerium ausdrücklich untersagt, so etwas wolle man an Fachhochschulen nicht anfangen. Die Slogans von Gleichwertigkeit und Autonomie der Fachhochschulen sind dabei wohl für einen Moment in Vergessenheit geraten.

Prof. Dr. Helga Spindler
 Universität-GH Essen
 Fachgruppe
 Verwaltung – Organisation – Recht
 Universitätsstraße 12
 45141 Essen



Gesamthochschule Essen



Profilbildung und Differenzierung

Interview

9

mit der hessischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
Frau Ruth Wagner

Personalreform für die Wissenschaft – auf dem Weg in eine radikal andere Hochschulwelt?

14

Weder die Hochschulrektorenkonferenz noch das
Centrum für Hochschulentwicklung beachten bei ihren
Empfehlungen die Besonderheiten der Fachhochschulen.
Eine Analyse von Günther Edler

Profilbildung und Differenzierung Die Hochschulen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

17

Career-Service vom Wissenschaftsrat für die Fachhochschulen.
Vortrag vor der Jahrestagung der Mitgliedsgruppe der Fachhochschulen in
der Hochschulrektorenkonferenz am 14. Mai 1999 in Bad Wiessee (gekürzt)
von Prof. Dr. Winfried Schulze

Neue Qualifikationskonzepte in den Niederlanden Der Professor als Coach

23

Statt Vorlesungen selbstverantwortliches Lernen. Projektunterricht,
Action-Learning und Kompetenz-Lernen in den Niederlanden.
Ein Bericht von Herman Blom

Die Deutsch-Niederländisch-Flämische Hochschulkonferenz

25

Zum dreizehnten Mal findet im Oktober die Deutsch-Niederländisch-
Flämische Hochschulkonferenz (DNFHK) statt, dieses Mal in Utrecht.
Dieter Leuthold erläutert die Ziele, Entwicklung und Funktion der Konferenz



hIb-AKTUELL

Sparpolitik überwinden 6

Zunehmende Belastung der
FH-Professoren 6

Besoldungsreform wird Sparpolitik
geopfert 7

Präsenzrecht statt Präsenzplicht 7

hIb fordert mehr Personal an
den Fachhochschulen 8



hIb-Landesvorsitzende bei der Arbeit

Meldungen

Was ist ein Kreditpunkt?	12
Absetzbarkeit des Arbeitszimmers	12
Verwertung von Diplomarbeiten	12
Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst	12
Arbeitsmarkt: Hochschultyp ohne Interesse	13
Ingenieurstudium im Aufschwung	13
Ingenieurgehälter	13
Arbeitsmarkt für Ingenieure 1998	13

FH-Trends

Sicherheitskatheder in der FH Bielefeld entwickelt	20
Praxisbezogene Juristen für die Wirtschaft (Nürtingen)	20
Facility Management (Gießen-Friedberg)	20
Pflege/Pflegemanagement (Esslingen)	20
International Business and Management (Osnabrück)	21
Bachelor in Journalistik (Hannover)	21
Clinical Engineering (Gießen-Friedberg)	21
Sichuan verlagert Managementfortbildung von USA nach Berlin (FHW)	22
Master of Science in CAE-Techniques (Bielefeld)	22
Studienberatung USA in Hannover	22
FH Zwickau erhält Reindräume für die Microsystemtechnik	22

Aus Bund und Ländern

BW: Fachtagung bei der Siemens AG	26
BY: Delegiertenversammlung 1999	26
Würzburger FH-Professoren lehnen Besoldungsreform ab	26
HH <i>hlb</i> -Hamburg im Internet	27



hlb-Präsident Siegel mit den Tagungsleitern des Bad Wiesseer Kreises D. v. Hoyningen-Huene (r.) und H. Ohlenburg (l.)

Informationen und Berichte

HRK-Präsident: Investitionen statt Subventionen!	11
Tagung des Bad Wiesseer Kreises	27
Ausländische Hochschulgrade	27
Städte mit den meisten Studenten	28
NW's Hochschulrat nimmt die Arbeit auf	28
Bundesweite Spitzenstellung bei Stiftungsprofessuren	28
Untersuchung zum Ausländerstudium in Deutschland	28
Befristung von Drittmittelstellen	29
Erfindungsanmeldung soll einfacher werden	29
Städte mit dem höchsten Bevölkerungsanteil an Studenten	29
Die kooperative Promotion auf dem kleinen Dienstweg	29
Studentin wird Vizepräsidentin	29
Fünf Jahre Stiftung der Deutschen Wirtschaft	30

Neues von Kollegen

31

Neuberufene

32

Berichtigung zu DNH 3/99, S. 24

Der vom DAAD prämierte Studiengang Process Engineering and Energy Technology (Prof. Mostifizadeh) wird nicht von der Hochschule Bremen, sondern von der Hochschule Bremerhaven angeboten.

Impressum

Herausgeber: Hochschullehrerbund – Bundesvereinigung – e.V. (*hlb*)

Verlag: *hlb*, Rüngsdorfer Straße 4 c, 53173 Bonn, Telefon (02 28) 35 22 71, Telefax (02 28) 35 45 12 E-mail: hlbbonn@aol.com, Internet: www.hlb.de

Schriftleitung: Prof. Dr. Dorit Loos
Buchenländer Str. 60, 70569 Stuttgart,
Telefon (07 11) 68 25 08, Telefax (07 11) 677 05 96
E-mail: d.loos@t-online.de

Redaktion: Prof. Dr. Dorit Loos
Dr. Hubert Mücke

Titelbildentwurf: Prof. Wolfgang Lüttner

Verbands offiziell ist die Rubrik „*hlb*-AKTUELL“. Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung des *hlb* sowie der Mitgliedsverbände.

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Jahresabonnements für Nichtmitglieder
DM 81,- (Inland), inkl. Versand
DM 81,- (Ausland), zzgl. Versand

Probeabonnement auf Anfrage
Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

Herstellung und Versand:
GfD – Gesellschaft für Druckabwicklung mbH,
Linzer Str. 140, 53604 Bad Honnef

Inserenten:

Fortis Verlag

U2

Beilage:

Der persönliche Organisations-Berater
Rentrop-Verlag

Das Heft 5/99

mit dem Schwerpunkt

FHG-
Novellierungen

erscheint

am 15. Oktober 1999

Vorschau

Sparpolitik überwinden – in die Zukunft investieren

Am 27. Mai diskutierten Kolleginnen und Kollegen der Fachhochschule Stralsund mit dem *h/b*-Bundespräsidium über aktuelle Probleme der Fachhochschulen in Mecklenburg-Vorpommern und den neuen Bundesländern sowie die Aufgaben des *h/b*.



Prof. Dr. rer. nat. habil.
Karl Straßner, Rektor der
Fachhochschule Stralsund

Als ein besonderes Ärgernis wird es an den Fachhochschulen in den neuen Ländern empfunden, daß sich nach Wiedervereinigung 8 (in Worten acht) Kategorien von Vergütungsgruppen herausgebildet haben. An die Seite der ohnehin nur fiskalisch begründbaren Differenzierung nach C2 und C3 ist die wiederum rein fiskalisch begründete Differenzierung nach C2 Ost/West und C3 Ost/West getreten. Daneben wurde eine im Vergleich zu den alten Ländern hohe Zahl von Anstellungsverhältnissen auf Grundlage eines privaten Dienstvertrages eingegangen. Diese Situation ist untragbar und muß vordringlich berei-

nigt werden, so das Ergebnis der Diskussionen an der FH Stralsund.

Eine Behinderung der Entfaltungsmöglichkeiten wurde von den Teilnehmern insbesondere in der Höhe der Lehrverpflichtung und der unzureichenden Möglichkeit einer Ermäßigung für die Durchführung von Forschungsprojekten gesehen. Auch müsse der Gesetzgeber die Kooperation der Hochschularten fördern und insbesondere die Beteiligung an Promotionsverfahren ermöglichen. Die Verbesserung des Verhältnisses zu den Universitätskollegen und die Öffnung der Universitäten für hochschulartenübergreifende Projekte sollte ein besonderes Anliegen des *h/b* sein.

Der Rektor der Fachhochschule Stralsund, Prof. Dr. rer. nat. habil. Karl Straßner, erinnerte während seines Grußwortes daran, daß die Fachhochschule in der Gründungsphase mit viel Engagement aller Beteiligten aufgebaut wurde. Sie finde enormen Zuspruch in der Region, so daß die angestrebte Flächenzielzahl von 1.800 Studienplätzen mittlerweile überschritten wurde, obwohl

die Nachfrage nach technischen Studiengängen in der Vergangenheit nachgelassen habe. Allerdings sei eine Trendwende spürbar. Die Fachhochschule nehme ihre Aufgabe als Motor für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Region sehr ernst. Im Rahmen des Technologie- und Wissenstransfers werden eine Vielzahl von Drittmittelprojekten durchgeführt. Deren Ausweitung scheitert am fehlenden Mittelbau der Fachhochschulen und der unzumutbaren Vergütung der FH-Absolventen, die als Mitarbeiter gewonnen werden müssen.

Günter Siegel positionierte den *h/b* als Vermittler zwischen dem Interesse der Fachhochschule auf Steigerung

der Studierenden- und Absolventenzahlen und dem Interesse des Einzelnen auf Wahrnehmung des vollen Umfangs der Aufgaben eines Hochschullehrers. Um diese Aufgaben zu erfüllen, sind die notwendigen Arbeitsbedingungen zu schaffen. Diese sind Ausfluß der hochschulpolitischen und hochschulrechtlichen Stellung der Fachhochschulen und der dort Lehrenden. Um die Rahmenbedingungen zu verbessern, haben sich die Kolleginnen und Kollegen an den Fachhochschulen zusammengeschlossen. Ihre Arbeit dient dazu, die Entfaltungsmöglichkeiten an den Fachhochschulen zu erweitern und gegenseitigen Rat zu gewährleisten. *hm.*



Statistisches Bundesamt: zunehmende Belastung der FH-Professoren

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, bescheinigt dem Hochschulpersonal zunehmende Belastung mit Lehr- und Prüfungstätigkeiten. Er führt dies auf die gestiegene Zahl von Hochschulabsolventen zurück.

Im Prüfungsjahr 1995 bestanden 230 000 Prüfungsteilnehmer ihre Abschlußprüfung an einer deutschen Hochschule, etwa doppelt so viele wie noch vor zwei Jahrzehnten. 106 000 Absolventen (46,0%) schlossen ihr Studium mit einem Universitätsdiplom oder einem vergleichbaren Grad ab, 22 000 (9,7%) promovierten, 27 000 (11,6%) bestanden eine Lehramtsprüfung und

75 000 (32,7%) erhielten einen Fachhochschulabschluß. Während die Zahl der Diplomprüfungen an Universitäten und die der Promotionen in den letzten Jahren weitgehend unverändert blieb, haben die Lehramts- und Fachhochschulabschlüsse deutlich zugenommen.

Die Zahl der Studienanfänger hat sich seit 1970 fast verdreifacht, und zwar auf

nunmehr rund 269 000 im Studienjahr 1996/97.

Für die Jahre bis 2015 ist nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz der Länder mit einem weiteren Anstieg der Studienanfängerzahl zu rechnen, wobei das Maximum mit rund 358 000 im Jahr 2008 erreicht werden wird. Die Hochschulen müssen sich auf einen wieder ansteigenden Zustrom an Studienanfängern einrichten.

Während 1970, d.h. vor dem Ausbau des Hochschulsystems, nur 11,3 Prozent eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium aufnahmen, waren es 1995 30,6 Prozent. Mit anderen Worten: Fast jeder dritte junge Mensch in Deutschland beginnt derzeit nach Abschluß seiner Schulausbildung ein Hochschulstudium!

Statistisches Bundesamt,
hm.

Besoldungsreform wird Sparpolitik geopfert

Die von Bundesministerin Bulmahn eingesetzte Expertenkommission zur Reform des Hochschuldienstrechts steht unter den Vorzeichen beschlossener Einsparungen im Bildungs- und Vergütungsbereich.

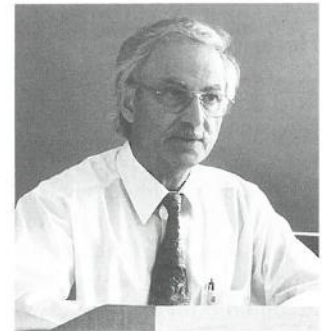
„Bundesministerin Bulmahn hat eine Expertenkommission zur Reform des Dienstrechts angekündigt, ihr Auftrag wird der einer Sparkommission sein,“ so die Befürchtung des Präsidenten des Hochschullehrerbundes, Professor Dr. Günter Siegel, nach Bekanntgabe der Zusammensetzung der Kommission. Die Bundesregierung hat soeben Sparmaßnahmen für den Bildungsbereich beschlossen, sie verzögert die Besoldungsanpassung für 1999¹⁾ und beabsichtigt zukünftige Besoldungsanhebungen nur noch an die jeweilige Inflationsrate anzulehnen.²⁾ „Vor diesem Hintergrund werden Sparkommissare gesucht, die Argumente für weitere Einschränkungen im Besoldungsbereich liefern,“ mit diesen Worten fordert Siegel die Entscheidungsträger in Bund und Ländern auf, die Verantwortung für die Arbeitssituation an den Hochschulen zu übernehmen. Im Kreis einer durch universitäre Übermacht geprägten Kom-

mission werden es die zwei Vertreter der Fachhochschulen, so Siegel, ohnehin schwer haben, deren besondere Situation zu verdeutlichen.³⁾

Siegel bedauert, daß das Bild des Professors in der Öffentlichkeit vom hochdotierten C4-Stelleninhaber an Universitäten geprägt wird, der schon bei erstmaliger Berufung auf eine C4-Stelle die doppelte Besoldung eines C2-Professors an der Fachhochschule erreichen kann: „Die Fachhochschulprofessoren will man dagegen mit einer Grundvergütung abspeisen, die derjenigen eines Sachbearbeiters gleichkommt.“⁴⁾ Das verkauft die Bundesregierung als Bildungsoffensive.“

Da die Fachhochschulen von der Expertenkommission nichts Gutes zu erwarten haben, wird der *hIb* gegenüber Bund und Ländern seine Argumente verstärkt vortragen und deutlich machen. Die Besoldungsreform muß dazu genutzt werden, die Gleichwertigkeit der für die wirtschaftliche Entwicklung

Deutschlands so wichtigen Anwendungsorientierung der Fachhochschulen auch im Besoldungsgefüge der Hochschulen abzubilden. Die Theorielastigkeit der Universitäten darf nicht auch noch belohnt werden. Für Bewerber mit Berufserfahrung und wissenschaftlicher Qualifikation müssen die Fachhochschulen auch in Zukunft hinreichend finanziell attraktiv sein.



Prof. Dr. Günter Siegel,
hIb-Präsident

- 1) Am 23.6.99 wollte der Innenausschuß des Deutschen Bundestages über den Gesetzentwurf zum Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1999 beschließen, mit dem der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst auf den Beamtenbereich übertragen werden sollte. Die Bundesregierung hat die Beratung des Gesetzentwurfes zurückgezogen.
- 2) Die Bundesregierung plant, die Beamtenbesoldung ab dem Jahr 2000 an die Rentenerhöhung zu koppeln. Die Renten werden ihrerseits an die Inflation gekoppelt.
- 3) Der Expertenkommission gehören 18 Personen an. Die Fachhochschulen werden durch die Rektoren Bornkessel (Jena) und Klockner (Wiesbaden) vertreten. Die übrigen Vertreter stammen durchweg aus Universitäten bzw. universitätsnahen Wissenschaftsorganisationen.
- 4) Die KMK geht für eine Modellrechnung alternativ von einer Grundvergütung (ohne Familienzuschläge) von DM 8.700 an Universitäten/DM 7.300 an Fachhochschulen oder DM 8.000 / DM 6.600 oder DM 7.500 / DM 6.100 aus. *hm.*

Präsenzrecht statt Präsenzpflcht

Der Hochschullehrerbund reagiert auf die beabsichtigte Einführung einer Präsenzpflcht an den Hochschulen des Landes NRW mit der Forderung nach zumutbaren Arbeitsbedingungen.

„Professoren hält man nicht per Rechtsverordnung an der Hochschule, sondern mit der Bereitstellung attraktiver Arbeitsmöglichkeiten“ erklärte der Vizepräsident des Hochschullehrerbundes, Helmut Winkel, heute in Bonn. Der Berufsverband der Fachhochschulprofessoren reagierte damit auf eine Ankündigung von NRW-Bildungsministerin Behler, an den Hochschulen des Landes eine Präsenzpflcht einzuführen. Winkel, der an der FH Köln lehrt, weiß von katastrophalen Arbeitsbedingungen für

die Hochschullehrer zu berichten. Ein eigener Arbeitsraum an der Hochschule sei für nahezu alle FH-Professoren ein bisher unerfüllter Traum. „Dem Hochschullehrerbund sind Fälle bekannt, in denen sich fünf Professoren ein Dienstzimmer teilen.“

Dort sollen sie, so Winkels Vermutung, sitzen und auf die Studierenden warten, während der FH-Professor in den Unternehmen zur unbekannteren Größe wird. Aber gerade der Kontakt zur Berufspraxis ist das besondere

Merkmal der Fachhochschulen. Dort akquirieren sie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, studentische Praxisplätze und Aufträge für Diplomarbeiten.

Die Forderung nach einer Verteilung von Lehrveranstaltungen auf drei Tage geht nach Ansicht des Hochschullehrerbundes ohnehin an der Wirklichkeit der Fachhochschulen vorbei. Die dort üblichen 18 Lehrstunden seien eben nicht nur Montags zu erledigen, wie Ministerin Behler pressueffektiv verkündete.

Die von Frau Behler geplante Rechtsverordnung würde zu einer neuen Genehmigungsbürokratie führen, die der Hochschullehrerbund kategorisch ablehnt. Anstelle des Aufbaus neuer Hürden möge sich Frau Behler einen persönlichen Eindruck von den Arbeitsbedingungen der FH-Professoren verschaffen und diese üblichen Standards anpassen. „Hierzu lade ich die Ministerin gerne in mein Dienstzimmer ein“, formuliert Winkel sein Gesprächs-Angebot an die Ministerin. *hm.*

h**lb** fordert mehr Personal an den Fachhochschulen

Landesverbände und Bundespräsidium beraten in Stralsund die aktuelle Lage in Bund und Ländern

Der Aufgabenzuwachs, der durch Einführung weiterer Funktionen in den neuen Hochschulgesetzen der Länder und durch die Vorgaben in Leistungsvereinbarungen entstehen wird, ist nur durch einen massiven personellen Ausbau der Fachhochschulen zu bewältigen, so das Resümee, das der Präsident des Hochschullehrerbundes, Professor Dr. Günter Siegel, aus den Beratungen mit den Vorsitzenden der **h**lb****-Landesverbände am 28. und 29. Mai 1999 in Stralsund zieht. Das Auslaufen des Hochschulsonderprogramms III und weitere Stellenkürzungen in einigen Bundesländern, sind, so Siegel, das völlig falsche Signal vor dem Hintergrund eines ungebremsen Zulaufs zu den Fachhochschulen, der demnächst auch wieder die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge erreichen wird. Darüber hinaus sollen die Hochschulen international attraktiv werden und den Einsatz neuer Medien in der Lehre vorbereiten.

Die Situation hat sich zugespitzt, so Siegel. So bestätigt das Statistische Bundesamt, daß die Prüfungs-

belastung an den Fachhochschulen überproportional zugenommen hat. Das Diplom (FH) stellt mittlerweile ein Drittel aller jährlich abgelegten Hochschulprüfungen. Waren es 1987 noch ca. 52 000, so lag deren Höhe 1997 bei ca. 76 000.

Der Katalog der Dienstaufgaben eines Hochschullehrers an Fachhochschulen ist so umfangreich, daß deren Erfüllung schon heute an zeitliche Grenzen stößt. Eine während des Treffens der Landesverbände vorgelegte Musterberechnung belegt, daß nach Abzug des Zeitaufwandes für die Lehre, für Prüfungen, für Aufgaben in der Selbstverwaltung und die aller notwendigste Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen, zuwenig Zeit verbleibt für die ebenfalls wichtige Weiterentwicklung der Lehrpläne, die Ausarbeitung neuer Studiengänge und den für die Fachhochschulen so zentralen Wissens- und Technologietransfer.

Siegel weist darauf hin, daß an den Hochschulen nicht nach einem verbindlichen Lehrplan gearbeitet werde.

Stoffinhalte sind vom einzelnen Lehrenden eigenständig zu aktualisieren. Das werde in Anbetracht immer kürzerer Halbwertszeiten des Wissens bei vorhandenem Lehrumfang immer aufwendiger.

Insbesondere die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern stehen unter einem großen Druck. Sie leiden, das haben die Gespräche in Stralsund ergeben, unter dem noch nicht erreichten personellen Ausbau bei wachsender regionaler Bedeutung. Wenn der Kollaps an den Fachhochschulen vermieden werden soll, so Siegels nüchternes Fazit, dann müssen die Länder die Fachhochschulen personell ausbauen. Das bedeutet, Verwaltungsmitarbeiter dort wo sie gebraucht wer-

den, nämlich in den Fachbereichen und den zentralen Einrichtungen, wissenschaftliche Mitarbeiter zur Unterstützung bei Konzipierung und Durchführung von Forschungsvorhaben und beim Wissens- und Technologietransfer sowie hauptamtliche Professorinnen und Professoren, damit die Fachhochschulen eine Hochschulbildung verlässlich anbieten können, und nicht zu Einrichtungen mit personeller Beliebigkeit verkommen. Schließlich gehört zum personellen Ausbau auch die seit Jahrzehnten überfällige Senkung der Lehrverpflichtung und Flexibilisierung der einschlägigen Bestimmungen.

hm.



Die Teilnehmer des **h**lb****-Treffens in Stralsund am 28./29. Mai 1999 (v.l.n.r.): D. Grille (Bayern, GSO-FH-Nürnberg), W. Godehart (**h**lb****-Vizepräsident, FH des Bundes), F. Mündemann (Brandenburg, FH Brandenburg), H. Theilig (Sachsen, HTWS Zittau/Görlitz), H.-G. Boese (Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, FH Hannover), D. Loos (Baden-Württemberg, HÖV Ludwigsburg), J. Wehberg (Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, FH Hannover), P. Kolbe (Berlin, FHTW Berlin), H. Winkel (**h**lb****-Vizepräsident, FH Köln), G. Siegel (**h**lb****-Präsident, TFH Berlin), H.-G. Brinkmann (Bremen, HS-Bremen), P. Renvert (NRW, Märkische FH), Ch. Maas (Hamburg, FH Hamburg), J. Wiese (Hessen, FH Darmstadt).

Aktuelle Rundschreiben für Mitglieder

- ▶ Beihilfeberechtigung von Ehegatten mit eigenem Einkommen, Rundschreiben 1/1998
- ▶ Erholungsurlaub ohne Beantragung und Genehmigung, Rundschreiben 2/1998
- ▶ Mitbestimmung in Kollegialorganen, Rundschreiben 3/1998
- ▶ Ehegatten-Arbeitsverhältnis, Rundschreiben 4/1998
- ▶ Arbeitszimmer: Ausstattung und Arbeitsmittel fallen nicht unter den steuerlichen Höchstbetrag, Rundschreiben 5/1998
- ▶ Arbeitszimmer: Nutzung des häuslichen Arbeitszimmers, durch Verwaltungsanweisung des Bundesfinanzministeriums vom 16.6.98 ergänzte Fassung, Rundschreiben 5a/1998
- ▶ Computerkauf und seine steuerliche Behandlung, Rundschreiben 6/1998
- ▶ Dienstreise und Genehmigungspflicht, Rundschreiben 7/1998
- ▶ Berufsunfähigkeit und Rente. Leistungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Rundschreiben 8/1998
- ▶ Betriebsrenten und ihr Einfluß auf die Höhe der Altersversorgung, Rundschreiben 9/1998
- ▶ Renten und ihr Einfluß auf die Höhe der Altersversorgung, Rundschreiben 10/1998
- ▶ Kindergeld bei Kindern über 18 Jahre, Rundschreiben 11/1998
- ▶ Nachholung von Lehrveranstaltungen, aktualisierte Fassung, Rundschreiben 12/1998
- ▶ Mindestversorgung in den neuen Bundesländern, Rundschreiben 13/1999
- ▶ Einnahmen der Hochschulen aus Forschungstätigkeit im Umsatzsteuerrecht, Rundschreiben 14/1999
- ▶ Versorgung bei Dienstunfähigkeit, Rundschreiben 15/1999
- ▶ Verwertung von Diplomarbeiten, Rundschreiben 16/1999

Zu beziehen:

kostenlos per e-mail-Anforderung bei [h**lb**bonn@aol.com](mailto:hlbbonn@aol.com) gegen Rückporto in Höhe von DM 2,20 schriftlich beim Hochschullehrerbund, Rüngsdorfer Straße 4c, 53173 Bonn

Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß eingehende Anfragen nicht einzeln direkt, sondern nach Ablauf einer Wartezeit gemeinsam beantwortet werden!



Kürzungen im Hochschulbereich werden gestoppt, die Mittel für die Forschungsförderung verdoppelt, aber keine Rücknahme der Leistungskürzungen für Professorinnen und Professoren. Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes begonnen.

Ruth Wagner
Ministerin für Wissenschaft
und Kunst
 Rheinstraße 23-25
 65185 Wiesbaden

Interview mit der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Ruth Wagner

schriftlich eingereicht am 14. 6. 1999

DNH: Frau Staatsministerin, die ersten Monate Ihrer Amtszeit in Ihrem Traumjob als Ministerin für Wissenschaft und Kunst liegen hinter Ihnen. Welches waren Ihre wichtigsten Amtshandlungen?

Ministerin: Besonders wichtig ist zunächst der Nachtragshaushalt 1999. Für mein Ressort bedeutet er, dass die Kürzungen im Hochschulbereich endlich gestoppt und die Mittel für die Forschungsförderung verdoppelt werden. Außerdem haben wir mit der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes begonnen und den Dialog mit den kulturellen Institutionen des Landes aufgenommen.

DNH: Wenn Sie insgesamt drei Wünsche an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an die Professorinnen und Professoren und an die Studierenden frei hätten, welches wären Ihre vordringlichsten Wünsche?

Ministerin: Von Professorinnen und Professoren sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich mir vor allem Innovationsbereitschaft und mehr eigene Verantwortung für die notwendigen Reformen an Hessens Hochschulen. Von den Studierenden erhoffe ich mir ebenfalls zweierlei: Mitwirkung an den Ausbildungsreformen und mehr Beteiligung an den Selbstverwaltungsorganen der Hochschulen.

DNH: Ihre Fraktion hat mit der CDU in der letzten Legislaturperiode massive Kritik am aktuell gültigen Hessischen Hochschulgesetz geübt. Wie sieht Ihre Vorstellung vom Zeitrahmen einer Novellierung aus, und wo sehen Sie die Schwerpunkte?

Ministerin: In Sachen Hochschulgesetzgebung hat die Koalition von CDU und FDP vereinbart, in einem ersten Schritt eine Regelung zu treffen, die sicherstellt, daß die bisherigen Kollegialorgane weiter amtieren und auch Präsidenten wählen können. Dieser erste Schritt steht vor der Realisierung: Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Die Koalitionsvereinbarung sieht weiter vor, in einem zweiten

Schritt offenkundige Fehlentwicklungen in der Hochschulgesetzgebung zügig zu beheben, zum Beispiel die Zusammensetzung der Gremien, die Neuregelung der Lehrerausbildung und bessere Voraussetzungen für Habilitationen.

DNH: Welche allgemeinen Zielvorgaben geben Sie speziell den Fachhochschulen auf den Weg?

Ministerin: Hessens Fachhochschulen sollten vor allem ihre Profile weiter schärfen, die in der praxisbezogenen, qualitätsvollen Ausbildung liegen. Wichtige Zielvorgaben sind aber auch die Entwicklung neuer Studiengänge sowie verstärkte Anstrengungen in der anwendungsbezogenen Forschung, beim Wissens- und Technologietransfer und in der Weiterbildung.

DNH: Welchen Stellenwert und welchen Anteil sollen Studiengänge nach anglo-amerikanischem Vorbild an den Hochschulen in Hessen einnehmen?

Ministerin: In der Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen liegt eine große Chance für die Fachhochschulen. Mit dieser Entwicklung kann der vielbeschworene Grundsatz „die Ausbildung an den Fachhochschulen ist im Vergleich zu der an den Universitäten nicht gleichartig, aber gleichwertig“ tatsächlich verwirklicht werden. Gleichzeitig wird die Durchlässigkeit im Hochschulwesen verstärkt, da zum Beispiel Masterabschlüsse an Fachhochschulen zur Promotion berechtigen werden.

DNH: Welchen Rang räumen Sie einer unabhängigen Akkreditierungsgesellschaft wie ABET oder gemäß ISO 9000 bei der Zulassung von neuen Studiengängen ein?

Ministerin: Zur Durchführung der Akkreditierung haben sich die Länder auf Verfahrensgrundsätze verständigt: Danach können unabhängige Akkreditierungsgesellschaften tätig werden, wenn sie vom Akkreditierungsrat anerkannt werden. Die ISO-Norm 9000 ist nur als ein eher formales Verfahren anzusehen, das weniger bei der Akkreditierung als

vielmehr bei der Evaluation ein ergänzendes Instrument sein kann.

Der von der Kultusministerkonferenz (KMK) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ins Leben gerufene Akkreditierungsrat muß zunächst die Voraussetzungen festlegen, unter denen Akkreditierungsverbände tätig werden können. Ich hoffe, dass sich genügend unabhängige und hochqualifizierte Akkreditierungsverbände finden, um die von den Hochschulen beschlossenen Bachelor- und Masterstudiengänge zu evaluieren.

DNH: Wann dürfen die Hessischen Fachhochschulen den Fächerkanon erweitern und die Praktiker für Pharmazie, Wirtschaftsrecht oder Patentanwälte, Dolmetscher und Berufsschullehrer ausbilden?

Ministerin: Einer Erweiterung des Fächerkanons an den Fachhochschulen stehe ich positiv gegenüber. Voraussetzung ist allerdings, dass die neuen Studiengänge dem spezifischen Profil der Fachhochschulen entsprechen, also auf konkrete und breite berufliche Tätigkeitsfelder vorbereiten. An der Fachhochschule Frankfurt beispielsweise existiert bereits der Studiengang „Wirtschaftsrecht“, und an der Fachhochschule Wiesbaden wird ein Studiengang „Patentingenieurwesen/Physikalische Technik“ eingerichtet. Interessant erscheinen außerdem biotechnologische/verfahrenstechnische Studiengänge, die durchaus auch die Pharmazie einbeziehen können. Ein breites Feld für neue Studienangebote an Fachhochschulen sehe ich im übrigen bei den Informations- und Kommunikationsberufen.

Für Dolmetscher besteht dagegen kein zusätzlicher Bedarf. Die Ausbildung von Berufsschullehrern an Fachhochschulen setzt einen „Umbruch“ in den Strukturen der Lehrerausbildung voraus, der vorerst nicht zu erwarten ist. Und in der Diskussion über die Juristenausbildung muß gemeinsam mit den Universitäten überlegt werden, inwieweit Teilbereiche der Ausbildung in Fachhochschulstudiengänge integriert werden können.

DNH: Die erste Dienstaufgabe der Professorinnen und Professoren ist Forschung und Entwicklung. Dies setzt voraus, daß auch die Personal- und Sachmittel an Fachhochschulen entsprechend aufgestockt werden. Wann und in welchem Umfang werden Sie dies veranlassen?

Ministerin: Für Professoren und Professorinnen gibt es keine erste und keine zweite Dienstaufgabe, sondern die Berechtigung und Verpflichtung, entsprechend ihrer Aufgabenstellung in Wissenschaft und Kunst, Lehre und Forschung

in ihren Fächern selbständig tätig zu sein. Diese Aufgaben hat der Gesetzgeber bereits 1978 allen Hochschullehrern übertragen. Das hat in der Vergangenheit allerdings nicht bedeutet und wird es auch in Zukunft nicht bedeuten, dass bei allen Professorinnen und Professoren die Aufgabenverteilung in Forschung und Lehre gleich ist. Klar ist aber auch, dass das Land die Mittel für die Fachhochschulen aufstockt: Das gilt vor allem für die Forschungsförderung. Schon 1999 erhalten die hessischen Fachhochschulen – erstmals wieder seit Jahren – Mittel für die anwendungsbezogene Forschung.

Außerdem werden wir die Stellenbewirtschaffung stufenweise in diesem und im nächsten Haushalt aufheben. Daneben ist die Übernahme der Fachhochschule Dieburg durch das Land nicht nur eine Chance für die Weiterentwicklung der Fachhochschule Darmstadt, sondern auch für andere Fachhochschulen.

Und schließlich werden wir die Reformidee der Vorgängerregierung in Sachen Programmhaushalt fortsetzen. Im Rahmen dieses Konzeptes werden die Hochschulen künftig in die Lage versetzt, durch kaufmännisches Rechnungswesen, Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling und Budgetierung der jährlichen Haushaltsmittel ihre Finanzmittel flexibler einzusetzen. Die neue Haushaltsführung ermöglicht es außerdem, unwirtschaftliche Mittelverwendung und Rationalisierungsreserven bei den Hochschulen ausfindig zu machen. Dieses neue Instrumentarium wird Mittel freisetzen, wenn dies der hochschulinternen Prioritätensetzung entspricht.

Die Reform befindet sich auf einem guten Wege. Ab dem Haushaltsjahr 2000 werden zwei Universitäten, drei Fachhochschulen und eine Forschungsanstalt in Hessen nach diesem System arbeiten.

DNH: In den letzten Jahren haben Professorinnen und Professoren Leistungskürzungen bei der Beihilfe, bei der Erstattung von Umzugs- oder Reisekosten bei Dienstjubiläen u.s.w. hinnehmen müssen. Gleichzeitig wurden die Dienstaufgaben der Professoren an Fachhochschulen mit Aufgaben in Forschung und Entwicklung, im Technologietransfer und in der Evaluation erweitert, ohne einen Ausgleich zu gewähren. Wie wollen Sie eine angemessene Alimentierung der Professorinnen und Professoren sicherstellen?

Ministerin: Nicht nur Professorinnen und Professoren mußten die erwähnten Leistungskürzungen in den letzten Jahren hinnehmen, sondern alle Beamtinnen und Beamten. Ich setze mich schon seit Jahren für ein eigenes Dienstrecht für

Professorinnen und Professoren ein, das auf einem leistungsorientierten Anreizsystem basiert. Die neue Bundesbildungsministerin und die Kultusministerkonferenz haben diese Idee aufgegriffen und inzwischen berät darüber eine Arbeitsgruppe.

Im Rahmen der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes hat sich bereits die Vorgängerregierung mit der Ausgestaltung des Dienstverhältnisses und den Lehrverpflichtungen beschäftigt. Der Verordnungsentwurf über die Lehrverpflichtungen von Professorinnen und Professoren wird zur Zeit überprüft.

DNH: Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen erdulden seit langem, daß alle die gleichen Dienstaufgaben erfüllen, aber unterschiedlich und zum Teil nach dem Zufallsprinzip gemäß C2 oder C3 besoldet werden. Wann werden Sie diese Ungerechtigkeit abstellen und die Versprechungen Ihrer Vorgänger einlösen?

Ministerin: In der Kultusministerkonferenz gibt es inzwischen Einigkeit darüber, daß für die Fachhochschulen ein einheitliches Eingangsniveau eingeführt werden soll. Am Zug ist nun der Bundesgesetzgeber. Dies wird allerdings nicht dazu führen, daß in Zukunft die Professoren und Professorinnen an der Fachhochschule alle das gleiche Gehalt bekommen.

Die Obergrenzen für die Planstellen der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen sind im Bundesbesoldungsgesetz geregelt. Nach §35 Abs.2 Bundesbesoldungsgesetz darf in einem Land oder beim Bund die Zahl der C 3-Planstellen an Fachhochschulen 60 Prozent nicht überschreiten. Da das Land an die bundesrechtliche Regelung gebunden ist, kann eine Veränderung des beschriebenen Sachverhaltes nur im Rahmen einer bundesrechtlichen Neuregelung des Besoldungsrechtes erreicht werden.

DNH: Was verstehen Sie unter dem Schlagwort: „Leistungsgerechte Besoldung von Professorinnen und Professoren“?

Ministerin: Wir bemühen uns um eine leistungsorientierte Besoldung. Damit wird zunächst dem Umstand Rechnung getragen, daß sich die Aufgaben in den Fächern und in den einzelnen Hochschulen differenzieren. Dies ist also unabhängig davon, wer diese Professur wahrnimmt. Daneben sollte die leistungsorientierte Besoldung auch darauf reagieren, wie der Inhaber oder die Inhaberin eines Faches sich engagiert. Die Kultusministerkonferenz hat – wie oben bereits angesprochen – eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Leistungs-, Be-

lastungs-, und Funktionszulagen definieren soll.

DNH: Im § 35 Absatz 5 des Hessischen Hochschulgesetzes wird die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Nebentätigkeit für das Lehrangebot betont. Im folgenden Absatz wird eine in Deutschland einmalige Regelung ins Gesetz geschrieben, dass das Land – ohne eine Gegenleistung zu erbringen – eine Professorentitelsteuer von 10% des Umsatzes von Nebentätigkeiten erheben darf. Wann wird diese Nebentätigkeitsverhinderungsregel getilgt?

Ministerin: Im Zusammenhang mit der Affäre um den früheren Präsidenten des Frankfurter Oberlandesgerichts, Horst Henrichs, ist das Nebentätigkeitsrecht in Hessen neu geregelt worden. Bereits die Vorgängerregierung hat in ihrem Hochschulgesetz festgelegt, dass zehn Prozent des Entgeltes abgeführt werden müssen. Dies sollte keine „Nebentätigkeitsverhinderungsregel“ sein, sondern ein Entgelt für die Nutzung der gesamten Infrastruktur der Hochschulen. Für den hessischen Gesetzgeber war es nicht länger hinnehmbar, dass das nach beamtenrechtlichen Bestimmungen abzuführende Nutzungsentgelt für die Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal oder Material der Hochschule bei Nebentätigkeiten kaum abgeführt wurde. Dies hatte auch zu Beanstandungen des Hessischen Rechnungshofes geführt.

Die Einnahmen aus den Nutzungsentgelten werden nach §36 Abs.1 HHG einem Forschungsfonds zugeführt und stehen der Hochschule für die Unterstützung wissenschaftlicher Publikationen, des wissenschaftlichen Nachwuchses und ausgewählten Forschungsprojekten zur Verfügung. Den Hochschulen wird damit eine zusätzliche Einnahmequelle geschaffen, an der die Hochschulmitglieder wiederum im Rahmen ihrer hauptamtlichen Tätigkeit teilhaben.

DNH: Es gibt technische Fachbereiche, die in Zeiten des Massenandrangs auf Hessische Hochschulen mit Professorenstellen ausgestattet wurden, die zum Teil jetzt nicht mehr benötigt werden. Der Bund hat in solchen Fällen das Modell der Altersteilzeit angewendet. Wann wird dies für die Hochschulen eingeführt?

Ministerin: An Altersteilzeit für Professoren an Fachhochschulen ist nicht gedacht. Wir erwarten vielmehr von den Professorinnen und Professoren, dass sie in der Lage sind, sich fachlich weiterzuentwickeln und bei neuartigen Studienangeboten fachkompetent mitzuwirken. Viele positive Erfahrungen in Hessen belegen, dass das auch möglich ist.

Der hessische Gesetzgeber hat im Dezember 1998 auch mit den Stimmen

HRK-Präsident zum Bundeshaushalt 2000: Investitionen statt Subventionen!

Tief besorgt hat sich der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Professor Dr. Klaus Landfried, am 26. Mai in Bonn zu den Vorgaben von Bundesfinanzminister Eichel für den Haushalt des Jahres 2000 geäußert: „Es entspricht nicht der Verantwortung für die junge Generation, wenn der Bundesfinanzminister die Einsparungen für den Bundeshaushalt 2000 einfach gleichmäßig auf alle Ressorts verteilt. Angesichts des klaren Bekenntnisses des Bundeskanzlers zu einer zukunftsweisen Priorität von Bildung und Forschung in seiner Regierungserklärung und des guten Beginns in 1999 steht die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung auf dem Spiel“, sagte Landfried. Die HRK habe in den letzten Jahren zahlreiche Reformvorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Hochschulen vorgelegt. Damit sollten die Hochschulen künftig ihre Aufgaben als „Zukunftswerkstätten“ besser erfüllen und die ihnen vom Staat, d.h. von den Steuerzahlern zur Verfügung gestellten Mittel effektiver und effizienter einsetzen können. Die Empfehlungen der HRK an ihre Mitgliedshochschulen zur Optimierung der internen Strukturen setzten aber eine angemessene Finanzierung voraus. Daher seien ihre Forderungen an Länder und Bund, in die Hochschulen mehr zu investieren, nicht institutionen-bezogener Lobbyismus. Landfried dazu weiter: „Die Hochschulen tragen Verantwortung für die Entwicklung der Wissenschaft, für die Qualität von Lehre, Studium und Forschung und damit für einen großen Teil der Arbeitsplätze der Zukunft. Erst diese sichern die nötigen Steuern für die

Reduzierung der Staatsschulden. Die Hochschulen sind verantwortlich für sorgsamem Umgang mit der Lebenszeit der ihnen anvertrauten jungen Menschen. Sie sind verantwortlich für den sparsamen Umgang mit Steuermitteln. Diese Verantwortung ist eine Verantwortung für die junge Generation. Die nachkommende Generation wird viele Lasten aus einer allzu sorglosen Vergangenheit abtragen müssen. Die junge Generation kann ihrer Verantwortung für die Zukunft unseres Landes aber nur gerecht werden, wenn sie in der vom globalen wirtschaftlichen und kulturellen Wettbewerb bestimmten Wissensgesellschaft international konkurrenzfähig bleibt. Dies wird nur gelingen, wenn ihr die bestmögliche Qualifikation in Lehre und Studium vermittelt wird auf der Grundlage einer Forschung, die in allen Bereichen der Wissenschaften international Spitze sein muss. Deshalb ist es abwegig, ausgerechnet die öffentlichen Investitionen in Qualifikation und Forschung linear wie die Ansätze der anderen Ressorts zu kürzen.

Ausgaben für Qualifikation und Forschung sind Zukunftsinvestitionen, nicht konsumptive Ausgaben oder gar Subventionen. Wer heute bei Qualifikation und Forschung kürzt, gleicht dem Landwirt, der die Saatkartoffeln verseiast und sich dann wundert, dass es keine Ernte gibt. Die Bundesregierung ist sich gewiss bewusst, dass es besser ist, in die Grundlagen unserer Zukunft zu investieren anstatt Technologien und Branchen der Vergangenheit zu subventionieren. Sie sollte auch danach handeln!“

Susanne Schilden

meiner Partei die Rechtsgrundlage für eine Altersteilzeit bei den Beamten geschaffen. Nähere Bestimmungen werden zur Zeit ausgearbeitet. Aber schon jetzt möchte ich klarstellen, daß es ein allgemeines Recht auf Altersteilzeit nicht geben wird. Nur Einzelanträge werden möglich sein, wobei die personal- und haushaltsrechtlichen Konsequenzen zu bedenken sind. Eine „Zwangsaltersteilzeit“ ist nicht vorgesehen.



Die schriftlich eingereichten Fragen stellte der Vorsitzende des *hfb*-Landesverbandes Hessen, Prof. Dr. Jürgen Wiese (Fachhochschule Darmstadt) Landwehrstr. 12, 64293 Darmstadt, e-mail: jwiese@fbc.fh-darmstadt.de. Der neuen hessischen Ministerin sollte trotz der noch sehr kurzfristigen Amtszeit Gelegenheit geboten werden, zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen Stellung zu nehmen. Im schriftlichen Verfahren konnten die Antworten weder diskutiert noch die Fragen modifiziert werden, so daß zu Äußerungen zu zentralen Fragen wie zur Regelung der Nebentätigkeit nicht nachgefragt werden konnte. Der *hfb* wird sich daher weiterhin um ein persönliches Gespräch bemühen, um die zentralen Anliegen der Lehrenden an Fachhochschulen an eine Nach-Novellierung des Hochschulgesetzes deutlich zu machen.

Was ist ein Kreditpunkt?

Die Summe der Kreditpunkte basiert auf der angenommenen Lernzeit, die durchschnittlich Studierende benötigen, um ein definiertes Lernergebnis auf einem bestimmten Level zu erreichen. Dabei muß das gesamte Arbeitspensum zu den Zeiten dazugerechnet werden, die Studierende in Vorlesungen, Seminaren, Übungen, Konsultationen, Labors und Prüfungen verbringen sowie die Vor- und Nachbereitungszeit. Darauf weisen Falk Roscher und Angelika Sachs in ihrem Kredit-Rahmenwerk für die Fachhochschulen in Baden-Württemberg hin (vgl. DNH 3/99, Seite 22).

Zunächst müssen von den anbietenden Lehrpersonen Lernergebnisse definiert werden. Dazu gehört auch die Darlegung der Prüfungskriterien, die das Erreichen der Lernergebnisse meßbar machen. Im baden-württembergischen Rahmenwerk entspricht ein Kreditpunkt einer geschätzten Lernzeit von zehn

Stunden. Kreditpunkte werden nur für bewertete, durch eine Prüfung abgeschlossene, Lernergebnisse vergeben. Module sollten nach Ansicht der Autoren innerhalb eines Semesters abgeschlossen werden.

Die Autoren legen fest, daß ein Kreditpunkt zehn Stunden angenommener Lernzeit entspricht, ein Semester 15 Wochen mit wöchentlich 40 Stunden studentischen Lernaufwands umfaßt (insgesamt 600 Stunden Lernzeit), in einem Semester 60 Kreditpunkte vergeben werden können und für die Abschlußarbeit auch vorlesungsfreie Zeiten einbezogen werden (im letzten Studienjahr ergibt sich somit eine Lernzeit von 1.800 Stunden). Davon ausgehend erfordert der Bachelor-Abschluß 420 Kreditpunkte (nach 7 Semestern), der Diplom-Abschluß 540 (nach 8 Semestern) und der Master-Abschluß 240 Kreditpunkte unterschiedlicher Level (Leistungsniveaus).

Arbeitszimmer

Zur Überprüfung der mit Jahressteuergesetz 1996 eingeführten Begrenzung der abziehbaren Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer auf 2.400 DM sind beim Bundesverfassungsgericht zwei Verfassungsbeschwerden eingereicht worden. Sie bemängeln zum einen, das Jahressteuergesetz sei formell nicht verfassungsgemäß zustande gekommen, da der Vermittlungsausschuß seine Kompetenz überschritten habe, und zum anderen, daß der allgemeine Gleichheitsgrundsatz, das Grundrecht auf Berufsfreiheit und die Eigentumsgarantie verletzt worden seien. Darüber

hinaus liege ein Verstoß gegen das Prinzip des Vertrauensschutzes vor, da eine verfassungsrechtlich gebotene Übergangsregelung fehle.

Aufgrund der Verfassungsbeschwerden erteilen die Finanzverwaltungen in den Fällen, in denen Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer geltend gemacht wurden, einen vorläufigen Steuerbescheid. Aus diesem Grund sollten alle Aufwendungen auch über 2.400 DM geltend gemacht werden.

Der *hfb* hält für seine Mitglieder entsprechende Informationen bereit (siehe *hfb*-Rundschreiben in der Rubrik *hfb*-Aktuell).

Verwertung von Diplomarbeiten

An den Fachhochschulen werden Diplomarbeiten mit starkem Praxisbezug angefertigt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Verwertung der Ergebnisse einer Diplomarbeit.

Die Verwertung umfaßt sowohl die Veröffentlichung als auch die Verwertung von Ergebnissen für die Anmeldung von Patenten oder andere wirtschaftliche Zwecke. Darüber hinaus ist der Umgang mit vorhandenem Wissen Dritter, also des Betreuers oder eines Unternehmens, im Rahmen der Geheimhaltung zu regeln.

Der Betreuer einer Diplomarbeit hat häufig eigenes Wissen eingebracht, auf dem die Diplomarbeit aufbaut. Will er Rechte an der Veröffentlichung, Nutzung und Verwertung der Diplomarbeit

sichern, so bedarf die Begründung von Rechten nach § 40 Urheberrechtsgesetz der Schriftform.

Werden aus einer wirtschaftlichen Verwertung der Ergebnisse einer Diplomarbeit Erträge erzielt, so ist hierfür eine angemessene Vergütung zu gewähren. Anhaltspunkte für die Wertermittlung ergeben sich aus den Grundsätzen des Arbeitnehmererfindergesetzes.

Der *hfb* hält für seine Mitglieder eine Mustererklärung bereit, die die Veröffentlichung und Verwertung der Ergebnisse einer Diplomarbeit regeln helfen soll (*hfb*-Mitglieder-Rundschreiben 16/1999). Darüber hinaus können die Richtlinien für die Vergütung von Arbeitnehmererfindungen bezogen werden.

Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst

Die Nebentätigkeitsbestimmungen des Bundes und der Länder schreiben eine Pflicht zur Abführung von Vergütungen für Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst vor, wenn diese Einnahmen 9.600 DM (für C2/C3) im Kalenderjahr überschreiten. Sonderregelungen betreffen Architekten- und Ingenieurleistungen.

Das OVG NRW macht in seinem Urteil vom 14.2.97 darauf aufmerksam, daß der Begriff „öffentlicher Dienst“ weit gefaßt ist. Die Einschränkung gelte nicht nur bei Tätigkeiten für Arbeitgeber mit Dienstherreneigenschaft. Die Regelung solle vielmehr auch Fälle umfassen, in denen die Arbeitsstelle faktisch, sei es auch bloß wirtschaftlich, von der öffentlichen Hand beherrscht und die zu zahlende Vergütung, möglicherweise nur mittelbar,

aus Beiträgen der öffentlichen Hand bestritten wird. Das wäre der Fall, wenn der Auftraggeber mit öffentlichen Mitteln gefördert oder ausschließlich für öffentliche Auftraggeber tätig wird.

Ist der Auftraggeber nicht vom öffentlichen Dienst beherrscht, so könnte doch eine Pflicht zur Ablieferung geltend gemacht werden, wenn im Rahmen der Erfüllung eines Auftrages für einen öffentlichen Auftraggeber durch einen nicht vom öffentlichen Dienst beherrschten Projektträger das Entgelt für den konkreten Auftrag dem Beamten weitgehend oder in vollem Umfang zufließt.

Dann läge der Fall einer Nebentätigkeit für den öffentlichen Dienst bei Vergütung über mehrere Stationen bzw. bei zwischengeschaltetem Vertragsverhältnis vor.

Zusammenstellung: Dr. H. Mücke,
hfb-Geschäftsführer

Arbeitsmarkt: Hochschultyp ohne Interesse

Für Firmen steht die Frage „Universität oder Fachhochschule“ nicht im Vordergrund. Das zeigt die Analyse von 1.300 Stellenanzeigen für Betriebswirte, Informatiker und Ingenieure, die von Hans-Jürgen Block von der FH Westküste durchgeführt wurde. In 81 % der Anzeigen für Ingenieure wurde ein Absolvent des Ingenieurstudiums ohne Zusatz des Hochschultyps gesucht, nur 13 % wandten sich speziell an Diplom-Ingenieure von der Universität und nur in weiteren 2 % wurde die Promotion

verlangt. In 4 % der Anzeigen wurde gezielt ein FH-Studium als Voraussetzung genannt und weitere 2 % der Stellen waren für Ingenieure, Meister oder Techniker vorgesehen.

Ähnlich war es bei den Betriebswirten. Nur 1 % der Anzeigen richteten sich an promovierte Bewerber. Der Universitätsabschluss wurde in 20 % und der FH-Abschluss in 6 % der Stellenanzeigen gefordert. Beim Gros der Anzeigen (72 %) wurde kein spezieller Hochschultyp genannt.

Ingenieurstudium im Aufschwung

Wie das Statistische Bundesamt aufgrund vorläufiger Ergebnisse mitteilt, waren im Wintersemester 1998/99 an den 344 Hochschulen Deutschlands insgesamt 1,81 Millionen Studierende eingeschrieben, 10 800 oder 0,6 % weniger als im Vorjahr. Verglichen mit dem Höchststand im Wintersemester 1994/95 (1,87 Mill. Studierende) sind dies 59 100 oder 3,2 % weniger.

271 600 Studierende haben im Studienjahr 1998 (Sommersemester 1998 und Wintersemester 1998/99) ein Hochschulstudium begonnen. Fast die Hälfte (131 900 oder 48,6 %) davon waren Frauen. Nachdem die Zahl der Studienanfänger an den Hochschulen in Deutschland in den Jahren 1992 (290 800) bis 1995 (262 400) noch um insgesamt 9,8 % zurückging, nahm sie seither um insgesamt 3,5 % zu.

Nach Fächergruppen haben 1998 die meisten Studienanfänger (95 700 oder 35,2 %) ein Studium der

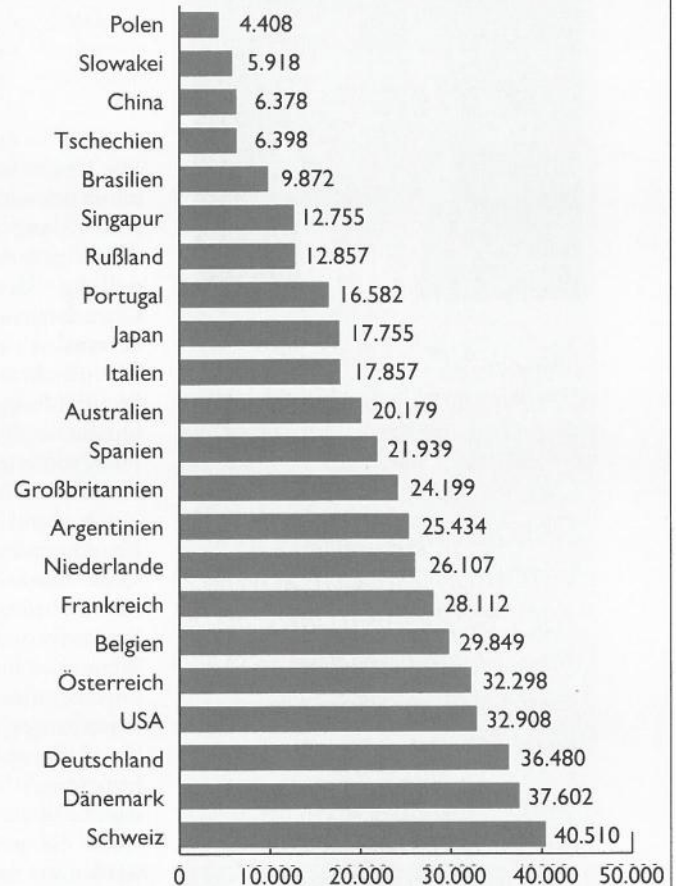
„Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ aufgenommen. Weitere 57 800 (21,3 %) haben sich für „Sprach- und Kulturwissenschaften“, 46 800 (17,2 %) für „Ingenieurwissenschaften“, 39 600 (14,6 %) für „Mathematik, Naturwissenschaften“ und 10 700 (3,9 %) für „Humanmedizin“ entschieden.

Für ein Studium der Ingenieurwissenschaften schrieben sich 1998 1 700 Erstsemester mehr als im Vorjahr ein (+3,7 %). Somit hat sich der seit Anfang der 90er Jahre rückläufige Trend bei den Studienanfängern in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen nicht weiter fortgesetzt (1992: 62 600; 1997: 45 100).

Der Anteil der ausländischen Studienanfänger ist in den letzten Jahren von 11,1 % (1992) auf 15,9 % (1998) angestiegen. Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl aller Studierenden stieg im gleichen Zeitraum von 6,8 % auf 9,1 %.

Ingenieurgehälter

Länderspezifische durchschnittliche Anfangseinkommen*
(in Euro)



* brutto, unbereinigt

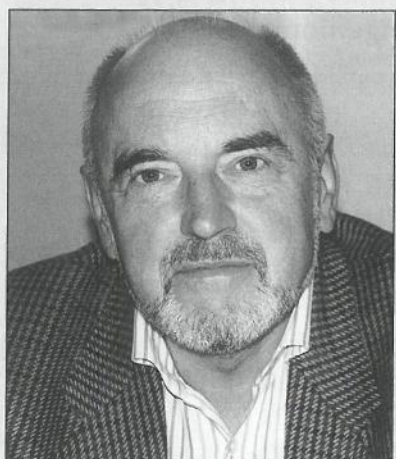
Quelle: FAZ vom 27.02.99, Kienbaum Management Consultants GmbH, Gummersbach

Grafik: Dorit Loos

Arbeitsmarkt für Ingenieure 1998 (im Vergleich zu 1997)

Arbeitslose:	56.600	(-13%)
Frauenanteil:	21%	(1997: 21%)
Neue Bundesländer:	34%	(1997: 37%)
mit Universitätsabschluss:	29.800	(-14%)
mit Fachhochschulabschluss:	26.800	(-13%)
Stellenzugang:	42.500	(+43%)
Vermittelte Berufsanfänger:	5.000	(+22%)
Stellenzugänge im einzelnen		
Bauingenieure	+ 25%	
Architekten	+ 21%	
Vermessungsingenieure	+ 17%	
Elektroingenieure	+ 39%	
Maschinenbauingenieure	+ 59%	
Fertigungsingenieure	+ 43%	
Chemieingenieure	+ 48%	

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit



Nachdem die HRK im November 1998 Empfehlungen¹⁾ zum Dienst- und Tarifrecht, Besoldungs- und Vergütungsrecht sowie zur Personalstruktur in den Hochschulen vorlegte, führte das Centrum für Hochschulentwicklung CHE (von der HRK und der Bertelsmann Stiftung getragen), die Diskussion auf einem Symposium mit dem Thema „Personalreform für die Wissenschaft“ am 29. und 30. April dieses Jahres fort. Der Autor kommentiert das Ergebnis des Symposiums hinsichtlich der voraussehbaren Folgen für die Fachhochschulen, die weder die HRK noch das CHE (ausweislich der Texte) hinreichend berücksichtigt haben.²⁾

Günther Edler
 Büschgensstraße 24
 41239 Mönchengladbach

Personalreform für die Wissenschaft –

auf dem Weg in eine radikal andere Hochschulwelt?

Die Hochschulen sollen – so die Hochschulrektorenkonferenz – ihre Personalentwicklung selbst verantworten. Ihre derzeitige maßgebliche Rolle bei der Einstellung der Lehrenden und die Dienstherreneigenschaft für das übrige Personal reicht nicht aus, um die Personalentwicklung zu einem Instrument für Profilbildung, Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung zu machen. Die HRK forderte deshalb mehrjährige „ausfinanzierte Globalhaushalte“ (mit Dynamisierungsklausel für Vergütungs- und Besoldungsänderungen), Verträge zwischen Hochschule und Land mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen, Dienstherreneigenschaft sowie Tarifhoheit. Wenn auch nicht ausdrücklich, aber doch unverkennbar nur unter diesen Voraussetzungen „ist die Realisierung der Vorschläge nicht mit zusätzlichen Kostenforderungen verbunden“. Einfacher gesagt: Gebt uns, den Präsidenten und Rektoren die notwendigen Befugnisse, so werden wir das Personal so „entwickeln“, daß mit den derzeitigen Hochschulstatus die Profile geschärft, die Qualität gesichert und gesteigert wird. Ein für „die Politik“ wahrlich verlockendes Angebot!

Das Symposium des CHE knüpfte an die Vorgaben der HRK an. War die HRK die Personalreform aus der Sicht der Hochschulpräsidenten und -rektoren gegangen, so galt es nun für das CHE, die Hochschulverwaltungen, insbesondere die Kanzler, und die Wissenschaftsorganisationen einzubinden. Zudem waren die Gewerkschaften als Tarifpartner für die Belange der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes zu beteiligen. Sie waren überdies natürliche Verbündete bei dem Vorhaben, künftig die Hochschullehrer im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Ausländischen Gästen fiel die Rolle zu, den Reformprozess in Deutschland mit (natürlich positiven) Erfahrungen in ihren Ländern (Schweiz und Kanada) zu stützen. Und schliesslich galt es, reformbereite Politiker(innen) zu hören. Diesem Aufgebot auf der Angebotsseite der Referent(inn)en entsprach die eingeladene Zuhörerschaft: Die stärkste Gruppe kam aus den Hochschulverwaltungen, gefolgt von den Wissenschaftsorganisationen. Rektoren/Präsidenten und Abgesandte der Mi-

nisterien folgten etwa gleich stark, alsdann Politik und Presse, und als Schlußlicht die „Leistungsträger“ der Hochschulen, deren drei Vertreter – je einer vom DHV, *hfb* und VHW (letzterer für den universitären Mittelbau) – aus dem Plenum heraus einige Fragen stellen durften.

Hamburger Erklärung

Der wichtigste Input und zugleich Output des Symposiums ist die „Hamburger Erklärung“, die vom Leiter des CHE, Professor Dr. Müller-Böling, gemeinsam mit der Hamburger Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Krista Sager, am 29. April unterzeichnet und veröffentlicht wurde. Sie listet zunächst die Ziele der Reform auf:

- Internationale Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Flexibilität bei der Rekrutierung und dem Einsatz qualifizierten Personals,
- Verbesserung von Studium und Lehre,
- größtmögliche Mobilität der Wissenschaftler und Personaltransfer zwischen staatlichen Einrichtungen und auch mit der Wirtschaft,
- frühe wissenschaftliche Selbständigkeit für den wissenschaftlichen Nachwuchs,
- Chancengleichheit für Frauen im Wissenschaftsbereich.

Diesen Zielen stehen das derzeitige Tarif-, Arbeits- und Beamtenrecht im Wege:

- Wünschenswert sei eine stärkere Orientierung des Dienstrechts und der Vergütungen an Leistungen in Forschung, Lehre und der Verwaltung.
- Hinderlich sind der Grundsatz der Gleichbehandlung und das Verbot der Besserstellung, aber auch die derzeitigen Vergütungsstrukturen einschließlich der Ruhestandsregelungen.
- Die Struktur der Nachwuchsqualifizierung in Deutschland ist inkompatibel mit dem international Üblichen.
- Schließlich ist das technische und das Verwaltungspersonal nur unzureichend auf notwendige Organisationsentwicklungs- und Modernisierungsprozesse vorbereitet.

Elemente der Personalreform³⁾

1. Es bedarf eines neuen wissenschafts-adäquaten Dienst- und Tarifrechts auf der einen und der Personalautonomie der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf der anderen Seite. „Auf der Grundlage eigener Personalstatute und Dienstherreneigenschaft müssen sie umfassende Möglichkeiten für eine aufgabenbezogene Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen (des wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals) im Rahmen von Globalhaushalten haben.“
2. Die Gehälter von Professoren, leitenden Wissenschaftlern und Verwaltungsmitarbeitern sind in Verantwortung der neuen Dienstherren stärker leistungsbezogen auszugestalten, und zwar durch ein festes Basisgehalt mit befristeten Leistungs- und Belastungszulagen. Die Zulagen sind aus hochschuleigenen Pools zu leisten, in die die bisher gezahlten Zuschüsse und Dienstalterszulagen fließen.
3. Die Personalausstattungen von Lehrstühlen werden leistungsbezogen und Berufungszusagen nur befristet gewährt.
4. Die Habilitation entfällt zugunsten „fach- und aufgabendifferenzierter Karrierewege“, insbesondere durch Assistenzprofessuren „mit dem Recht und der Pflicht zu selbständiger Forschung und Lehre“. Die Validierung neu zu berufender Wissenschaftler wird somit zur Aufgabe der aufnehmenden Einrichtung.
5. Die bestehenden unterschiedlichen Befristungsregelungen (aus HRG, Tarifvertrag und Beschäftigungsförderungsgesetz) sind durch verständliche, wissenschafts-adäquate Regelungen zu ersetzen.
6. Einerseits sind befristete Beschäftigungsverhältnisse für Nachwuchswissenschaftler erforderlich, andererseits muß aber Wissenschaft als Beruf eine dauerhafte Perspektive bieten können.
7. Wenn Wissenschaftler mobil sein sollen, dann müssen sie ihre erworbenen Ansprüche auf die Altersversorgung entweder „mitnehmen“ können, oder sie müssen dafür abgefunden werden.

Auswirkungen auf die Fachhochschulen

Die stimmführenden Vertreter der Fachhochschulen in der HRK (nur alle Universitäten, nicht aber alle Fachhochschulen besitzen das Stimmrecht) haben sich nicht geschlossen gegen die von der Mehrheit beschlossenen Empfehlungen

ausgesprochen. Einmal sicherlich, weil sie von den Problemen des derzeitigen Systems – wenn auch in geringerem Maße als die Universitäten – betroffen sind, zum anderen aber auch, weil die HRK-Empfehlungen Alternativen für die künftige Besoldung der Professor(inn)en vorsehen, also eine Festlegung auf ein einziges Modell vermieden wurde.

Während das Modell A der HRK von den bisherigen Besoldungsgruppen ausgeht, sieht das Modell B ein einheitliches Basisgrundgehalt vor, das entweder nach Hochschularten differenziert oder für alle Hochschularten gleich ist. Obwohl zumindest Bundesministerin Bulmahn und Senatorin Sager auf dem Symposium ein einheitliches Basisgrundgehalt für alle Hochschularten nicht ausschlossen, ist schon die vorgeschlagene Finanzierungsquelle für die Zulagen – über hochschulinterne Pools – ein gewichtiges Hindernis für hochschulartunabhängige Basisvergütungen. Wenn die derzeit für die Professorenbesoldung bereitgestellten Mittel nicht nur insgesamt, sondern hochschulbezogen konstant bleiben sollen, dann stünden den Fachhochschulen für ihre Pools lediglich die Alterszulagen zur Verfügung. Da daraus auch die wesentlich höheren Funktionszulagen zu leisten wären (Dekane und Prorektoren sollen künftig wesentlich mehr als das bisher gezahlte „Krawattengeld“ erhalten), bleibt für Leistungs- und Belastungszulagen auf der Basis einer hochschulartunabhängigen Basisbesoldung nur ein sehr geringer Spielraum. Dieser könnte allerdings – aber wiederum an Fachhochschulen geringer als an Universitäten – erhöht werden, wenn die Hochschulen von eingeworbenen Drittmitteln sogenannte Overheads⁴⁾ erheben und diesem Pool zuführen dürften.

Gesellschaftlich niedrigere Anerkennung

Aber schon auf dem Symposium gab es von dem baden-württembergischen Minister Klaus von Trotha eine weitere Begründung für hochschulartspezifische Basisbesoldungen: Die Fachhochschulen hätten mit ihrer anwendungsorientierten Lehre ein anderes Profil und andere Aufgaben als die Universitäten, die gesellschaftlich (!) anders, d.h. niedriger bewertet würden. Die Kultusministerkonferenz, der Minister von Trotha angehört, begründete in ihrem Diskussionspapier (verabschiedet am 28.5.1999) unterschiedliche Grundvergütungen für Universitäten und Fachhochschulen mit dem Prinzip der Angemessenheit der Besoldung und der erforderlichen Attraktivität der Professorenämter.

Vordergründig scheinen die Fachhochschulen nicht betroffen zu sein, wenn die Habilitation als generelle Voraussetzung für eine Professur an Universitäten nicht mehr erforderlich sein soll. Durch den Wegfall dieser förmlichen Hürde wird sich aber die Zahl der potentiellen Bewerber für eine Universitäts-Professur erhöhen, weil auch Wissenschaftler an Universitäten berufen werden können, die bisher – unter der Voraussetzung besonderer Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen Praxis – lediglich eine Professur an einer Fachhochschule anstreben konnten.

Es wird nicht der Anspruch erhoben, bereits jetzt alle Aspekte und Folgen der empfohlenen Personalreform für das Hochschulsystem generell und speziell für die Fachhochschulen aufzeigen zu können.

Dienstrecht

Ein speziell auf die Bedürfnisse der Hochschulen zugeschnittenes Personalrecht ist grundsätzlich dem bisherigen nur geringfügig modifizierten allgemeinen Recht vorzuziehen. Die Hochschulen sind Bestandteil der Gesellschaft; insofern müssen „Privilegien“ der Beschäftigten des Wissenschaftsbetriebes – im Vergleich mit der zunehmend ruppigeren Welt der „freien“ Wirtschaft gut begründet sein.

Eine generelle Attacke auf den Beamtenstatus der Lehrenden ist trotz beinahe einhelliger Unterstützung seitens der Referenten des Symposiums aussichtslos. Erstens wären „nur“ die künftig zu Berufenden betroffen, und zweitens wird das für die staatliche Seite teurer, weil Angestelltenbezüge häufig mit Sozialabgaben belastet sind. Zudem würde die Attraktivität der Professorenämter – nicht nur wegen der wiederum um die Hälfte der Sozialabgaben verringerten Nettoeinkünfte – verringert (und die soll ja doch erhalten bleiben).

Besoldung

Leistung muß sich auch materiell lohnen. Mit diesem Spruch wird die Einführung einer leistungsbezogenen (und damit individuell variablen) Komponente der Vergütung ökonomisch begründet. Die Theorie, daß auf diese Weise die Gesamtleistung der Hochschulen bei unveränderter Finanzausstattung noch wesentlich zu steigern wäre, ist alles andere als belegt. Zum einen sind die quantitativen und vor allem die qualitativen Leistungen der Hochschulmitglieder viel zu komplex, als dass sie umfas-

send und widerspruchsfrei in dem eindimensionalen finanziellen Gegenwert für ihre Tätigkeit abzubilden wäre. Zum anderen ist völlig offen, ob sich die Lehrenden allesamt an dem Nullsummenspiel beteiligen werden. Ist denn auszu-schliessen, dass sich Hochschullehrer mit ihrem Status und der Basisbesoldung zu-friedengeben, um sich extern das zu holen, was innerhalb der Hochschule viel zu mühsam ist? An dem Konstrukt leistungsbezogener Professorenbesoldung haben offenbar überwiegend Wirtschaftswissenschaftler (mit ihrer Vorstellung vom homo oeconomicus) gebastelt; die Erkenntnisse der Individual- und Sozialpsychologie blieben bisher unbeachtet. Die motivationalen Grundlagen des Verhaltens in Organisationen ist doch schon lange Gegenstand der Forschung. Wird die Motivation zu (höherer) Leistung ausschließlich oder auch nur überwiegend durch finanzielle Anreize bewirkt? Und wie steht es um das Konfliktpotential, das sich aus individuell als falsch angesehener Leistungsbeurteilung aufbaut? Sind negative Auswirkungen auf die Gesamtleistung der Hochschule auszuschliessen?

Qualifizierung

Die HRK und das CHE haben sich ausschließlich mit den Qualifizierungsweg zum Universitätsprofessor befasst. Sie wollen das „Abitur“ – die Habilitation – durch das „Aditur“ der aufnehmenden Hochschule zur Feststellung der Berufungsfähigkeit ersetzen. Dabei hat die Habilitation auch ihre unbestreitbaren Vorzüge und führte bisher zu einer wichtigen Arbeitsteilung: Für die wissenschaftliche Qualifikation bürgten Referent, Korreferent und die Fakultät der abgebenden Hochschule; die aufnehmende Hochschule hatte festzustellen, welche(r) der wissenschaftlich ausgewiesenen Bewerber(innen) am besten auf die ausgeschriebene Stelle passt. Diese bewährte Arbeitsteilung soll nun grundsätzlich aufgegeben werden. Muss das Kind gleich mit dem Bade ausgeschüttet werden, nur weil es zu lange in der Badewanne festsetzt? Aus der zehnjährigen Erfahrung mit den Berufungsverfahren an einer Fachhochschule hätte der Verfasser sich ein entsprechend formalisiertes Verfahren auch für den FH-Bereich gewünscht: Hochschulunabhängig die Feststellung der besonderen Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis, damit sich die aufnehmende Hochschule auf die pädagogische, fachliche und persönliche Eignung der Bewerber(innen) für die ausgeschriebene Stelle konzentrieren kann.

Wettbewerb?

Ist es also offen, ob die Universitäten die von den Präsidenten und Rektoren erhofften Zugewinne an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Leistungen in Forschung und Lehre einfahren können, so sind nach dem derzeitigen Stand der Dinge die Fachhochschulen eindeutig auf der Verliererseite. Es mag zwar als Vorteil angesehen werden, dass die beiden existierenden Besoldungsgruppen an Fachhochschulen verschmolzen werden sollen (mit welcher Wirkung auf die Inhaber von C2-Stellen?). Unerwähnt blieb jedoch von der HRK und auf dem Symposium, dass die Möglichkeit der Hausberufung von C2 auf C3 von entsprechenden Leistungen des Bewerbers abhängt. Dieses Element leistungsbezogener Besoldung würde künftig entfallen.

Es war schon mehr als leichtfertig, der Politik und damit der Gesellschaft höhere Leistungen der Hochschulen bei unverändertem Finanzaufwand zu versprechen, wenn nur das Personalrecht im Sinne der HRK-Empfehlungen geändert wird, obwohl doch der HRK-Vizepräsident Frankenberg auf dem Symposium die einleuchtende These vortrug, dass das System leistungsbezogener Besoldung, das auch im Wettbewerb mit der Wirtschaft bestehen kann, kostenintensiver ist als das gegenwärtige System. Im Gegensatz zu den Universitäten stehen die Fachhochschulen bei der Anwerbung ihres Professor(inn)en-Nachwuchses voll im Wettbewerb mit dem ausseruniversitären Arbeitsmarkt. Und da sollen sie mit wesentlich geringerer Basisvergütung – im Vergleich mit den Universitäten – und leistungsabhängigen Zulagen in nicht voraussagbarer Höhe wettbewerbsfähig sein?

Aus der Sicht erfahrener Gewerkschafter wäre es zudem grundsätzlich unakzeptabel und muss es schlicht dilettantisch anmuten, wenn ihnen der Übergang von einem Festlohn auf einen Prämien- oder Leistungslohn mit Nullsummencharakter zugemutet würde. Gewerkschaften existieren aber auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft.

HRK-Vizepräsident Frankenberg hat aber deutlich gemacht, dass das Hochschulsystem nicht nur in personalrechtlicher Hinsicht zu reformieren wäre, sondern dass schon zur tatsächlich leistungsorientierten Besoldung (mit durchaus unterschiedlichen Vergütungen für die Hochschullehrer leistungsstarker und leistungsschwacher Hochschulen) leistungs- und belastungsorientierte Finanzzuweisungen gehören (was übrigens das Hochschulrahmengesetz schon jetzt vorgibt).

Strukturelle Schieflage

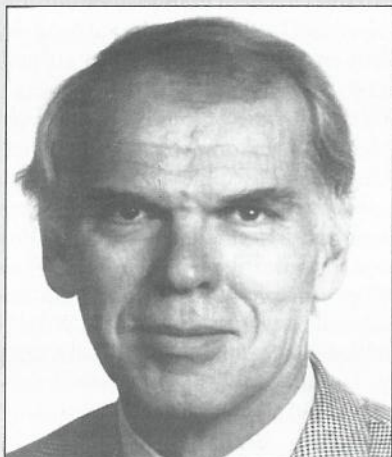
Aber gerade damit wird dem deutschen Hochschulsystem nicht aus seiner strukturellen Schieflage herausgeholfen. Die Universitäten leiden – weil ihre Finanzierung immer noch mit der hohen Zahl der Studierenden begründet wird – unter der Bürde der ungeliebten Ausbildung für die Brotberufe. Mit überkommenen Privilegien für ihre Absolventen (Zugang zum höheren Dienst über Staatsexamen und Referendariate) müssen sie sich die notwendige Zahl der Studierenden und damit die erforderliche Finanzierung sichern. Die Fachhochschulen – als Hochschulen der Industriegesellschaft apostrophiert und bisher nur verbal oder virtuell als solche ausgebaut – bleiben deshalb Juniorpartner „mit geringerer gesellschaftlicher Wertschätzung“. Die Möglichkeit, sich diese zu erarbeiten, bleibt ihnen vorenthalten – von denen, die dieses bisher zu verantworten hatten, und von denen, die dies nun in die Zukunft fortschreiben wollen.

So sind die anvisierte Besoldungsreform und die immer noch offene Zulassung von FH-Absolventen zur Bewerbung um Refendariate für den höheren Dienst (grundsätzlich aller akademischen Berufe – was entsprechende Studienangebote voraussetzt) die Nagelproben für die immer noch von Politiker(inne)n behauptete Gleichwertigkeit der Fachhochschulen.

- 1) abgedruckt in Heft 2/99 dieser Zeitschrift, S. 24 ff.
- 2) An den Vorarbeiten für die HRK-Empfehlungen haben zwei FH-Präsidenten/Rektoren in der Präsidial-Arbeitsgruppe mitgewirkt, während unter den Referenten des Symposiums kein FH-Insider zu finden war.
- 3) gekürzt vom Verfasser dieses Beitrages.
- 4) „Overheads werden auf externe Leistungen der Hochschulmitglieder, für die sie die Hochschuleinrichtungen in Anspruch nehmen, erhoben.“ – Professor Dr. Frankenberg, Vizepräsident der HRK, in seinen „Überlegungen zur Reform des Dienstrechts und der Vergütungsstrukturen aus der Sicht der HRK“ auf dem Hamburger Symposium □

Mechatronic an Fachhochschulen Gründung eines Arbeitskreises

Am 15. September 1999 soll in der FH Bielefeld um 14.00 Uhr ein Arbeitskreis Mechatronic an Fachhochschulen gegründet werden. Die Arbeitskreissitzung findet parallel zur CAx Tagung 1999 statt. Anmeldung und weitere Informationen unter klar@fhzinfo.fh-bielefeld.de.



Die Förderung des Fachhochschulausbaus ist ein Anliegen des Wissenschaftsrates. Nach der Phase der Geburtshelferschaft ist das heutige Verhältnis des Wissenschaftsrates gegenüber den Fachhochschulen eher mit dem neuhochdeutschen Begriff eines Career-Service zu beschreiben, den wir für die Fachhochschulen leisten wollen, um Profilbildung und Differenzierung in unserem Hochschulsystem voranzutreiben.

Vortrag vor der Jahrestagung der Mitgliedsgruppe der Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz am 14. Mai 1999 in Bad Wiessee (gekürzt)

Prof. Dr. Winfried Schulze
Vorsitzender des
Wissenschaftsrates
Brohler Str. 11
50968 Köln

Profilbildung und Differenzierung

Die Hochschulen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Der Wissenschaftsrat hat es zuletzt Anfang der 90er Jahre für angemessen gehalten, eine Bilanz der Fachhochschulentwicklung zu ziehen und Empfehlungen für ihre Entwicklungsperspektiven zu entwickeln. Allein aus einer Fortschreibung der Vergangenheit sollte sich die Fachhochschulentwicklung des nächsten Jahrzehnts jedoch nicht ergeben. Dazu gibt es in verschiedenen Bereichen zu viele Indikatoren, die jenseits aller politischen Beteuerungen und nachdrücklicher Empfehlungen des Wissenschaftsrates eher auf eine bescheidene Entwicklung, ja man möchte fast sagen Stagnation, hinweisen. Aber es sind auch Herausforderungen und Gestaltungsoptionen erkennbar, die neuartige Entwicklungsperspektiven eröffnen. Zur künftigen Entwicklung der Fachhochschulen hat der Wissenschaftsrat deshalb eine Arbeitsgruppe unter meiner Leitung eingesetzt, die ihre Arbeit noch vor der Sommerpause aufnehmen wird.

Fachhochschulausbau

Ich möchte an den Anfang die Betrachtung einiger quantitativer Entwicklungsindikatoren stellen. Erfreuliches gibt es vom Hochschulbauförderungsgesetz zu berichten: Der Fachhochschulanteil an den Investitionen, die über das HBFEG getätigt werden, hat sich zwischen 1989 und 1996 von rund 10 auf gut 20% verdoppelt. Daß sich dahinter sehr unterschiedliche regionale Entwicklungen verbergen, ist Ihnen bestens bekannt. Weniger erfreulich ist, daß sich der Anteil an den flächenbezogenen Studienplätzen im gleichen Zeitraum lediglich von 17,6 auf 20,1% erhöht hat. Trotz dieses deutlich gestiegenen Anteils der Fachhochschulen an den Gesamtausgaben im Rahmen des HBFEG ist der Ausbaustand von knapp 210.000 flächenbezogenen Studienplätzen nicht befriedigend und liegt noch weit von den 350.000 entfernt, die als Ausbauziel eigentlich wissenschaftspolitischer Konsens im Wissenschaftsrat sind. Der Fachhochschulausbau muß deshalb ganz oben auf der hochschulpolitischen Agenda bleiben.

Für sehr betrüblich halte ich die Tatsache, daß der Fachhochschulanteil an

den Studienanfängern im gleichen Zeitraum lediglich um 1,5 auf 27,8% angestiegen ist – in absoluten Zahlen von knapp 65.000 auf gut 71.000 Studienanfänger. Vor diesem Hintergrund ist nicht verwunderlich, daß sich die Anteile der Fachhochschulen an den Absolventen des Hochschulsystems insgesamt in den knapp 30 Jahren ihres Bestehens kaum verändert haben.

Im Ausland geringe Akzeptanz des deutschen Fachhochschul-Diploms

Stagnation bei einem Anteil von rund 15% an allen ausländischen Studienanfängern muß die Fachhochschulen nachdenklich stimmen, obwohl sie nach meinem persönlichen Eindruck bei der Internationalisierung viel früher und intensiver angesetzt haben als die Universitäten, deren Anteil seit vielen Jahren über 70%, zeitweise über 80% liegt. Aus den Erfahrungen, die ich in unserem Ausschuß Lehre in den Beratungen über die Einführung von Bachelor- und Master-Abschlüssen gewonnen habe, wage ich die These, daß eine wesentliche Ursache für diesen nicht befriedigenden Zustand der vergleichsweise geringe Grad von Bekanntheit und Akzeptanz des deutschen Fachhochschul-Diploms ist.

Daß es den Fachhochschulen trotz des eingeschränkten Fächerspektrums gelungen ist, den Anteil der weiblichen Erstimmatrikulierten von knapp 20 auf über 24% zu steigern, sollte nicht unbeachtet bleiben, zeigt jedoch zugleich, daß weitere intensive Anstrengungen notwendig sind, das Fachhochschulstudium für Frauen noch attraktiver zu machen.

Soziale Chancengleichheit

Die statistischen Daten verweisen auf ein Problem, dessen sich die Fachhochschulen mit aller Kraft annehmen müssen, nämlich das des Studierverhaltens bzw. der Studienzeiten. Wie die Prüfungsdaten für 1997 ausweisen, beträgt die durchschnittliche Studienzeit rund zehn Semester bis zum Abschluß. Wenn an Fachhochschulen vielfach faktisch in Teilzeitform studiert wird und dafür akzeptable Gründe wie Erwerbstätigkeit

und Familienarbeit bestehen, dann sollten die Angebotsformen überprüft und strukturierte Teilzeitstudienangebote eingeführt werden. Daß sich in dem vergleichsweise hohen Durchschnittsalter bei Studienabschluß von 28,5 Jahren eine Reihe positiv zu bewertender bildungspolitischer Implikationen verbergen, ist mir bewußt. Deshalb sollten wir uns gemeinsam vornehmen, die statistisch nicht recht erfassbaren positiven Leistungen der Fachhochschulen zur sozialen Chancengleichheit im tertiären Bereich und zur Ausweitung des Zugangs zu einem Hochschulstudium positiv herauszustellen, da ansonsten dieses wichtige profilbildende Merkmal über der starken Konzentration auf Elite übersehen wird.

Der Erfolg der Fachhochschulen läßt sich eindrucksvoll an der Entwicklung ihres Anteils an den Erwerbstätigen ablesen. Betrug er 1978 noch 2,4%, so ist er bis 1997 auf 5,6% angestiegen, eine Zunahme um 133%. Diese faktische Entwicklung steht in deutlichem Gegensatz zu den Bedarfsprognosen der 70er und 80er Jahre. Auch jüngste Prognoseberechnungen tendieren dazu, diese Entwicklung zu unterschätzen. In einer Stellungnahme zum Verhältnis von Hochschulausbildung und Beschäftigungssystem, die dem Wissenschaftsrat in der kommenden Woche zur Beratung und Beschlußfassung vorliegt, kommt die Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates zu einer grundsätzlich positiven Bewertung der Beschäftigungsfähigkeit von Fachhochschulabsolventen; sie vermißt hingegen in weiten Bereichen der Universitätsausbildung eine vergleichbare Orientierung an Beschäftigungsfähigkeit als generellem Studienziel.

Reformbedarf bei aktiven Lehr- und Lernformen

Die Beiträge der Fachhochschulen zur Berufsbefähigung werden in den vorliegenden Absolventenstudien, deren Analyse der Wissenschaftsrat mit Unterstützung des BMBF in Auftrag gegeben hat, durchgängig bestätigt. Es wird jedoch auch erkennbar, daß nach drei Jahrzehnten der Fachhochschullehre sich in diesem Bereich Reformbedarf angestaut hat. Dies betrifft – ich formuliere es einmal holzschnittartig – den hohen Grad an Verschulung, der nicht zu verwechseln ist mit dem positiv zu bewertenden Grad an Strukturierung, und die vielfach als defizitär empfundenen Wahlmöglichkeiten zur individuellen Gestaltung des Studiums. Die Kleingruppe weniger als Schulklasse mit Frontalunterricht zu organisieren, sondern vielmehr seminaristische und projektorientierte Formen zu

praktizieren und an die Stelle von passivem Lernen aktive Lehr- und Lernformen zu setzen, dies scheint mir ein berechtigtes Anliegen der Studierenden zu sein. In diesem Zusammenhang sollten die Fachhochschulen auch überprüfen, ob gesichertes Grundlagenwissen nicht in verstärktem Maße im Rahmen des Selbststudiums erlernt werden kann, um damit für die Hochschullehre und die fachliche Betreuung der Studierenden mehr Gestaltungsspielraum zu gewinnen. Das Potential einer multimedialen Aufbereitung und Vermittlung von Lehr- und Lernstoff scheint mir in seinen qualitätsfördernden Möglichkeiten noch längst nicht ausgeschöpft.

Beim Studium des Abschlußberichts der Absolventenstudien fiel mir auf, daß offenbar nur vergleichsweise wenige Absolventenstudien aus dem Fachhochschulbereich öffentlich zugänglich sind. Diesen Bereich gilt es künftig für die Fachhochschulen systematischer zu bearbeiten, da gerade die erfolgreichen Absolventen die überzeugendsten Beiträge zum Hochschulmarketing leisten können. Zudem gehe ich davon aus, daß wir auf mittlere Sicht nicht nur die Leistungen der Hochschulen mit Blick auf die abgelegten Abschlüsse bewerten werden, sondern auch den Arbeitsmarkterfolg ihrer Absolventen als Wirkung der Hochschulen in den Blick nehmen werden. Es lohnt sich in jeder Hinsicht, diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Wenn ich noch einmal auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Fachhochschulen in den 90er Jahren mit Blick auf die fachliche Weiterentwicklung zurückkomme, so habe ich insgesamt einen sehr positiven Eindruck. Die Leitlinien zum Aufbau neuer fachlicher Schwerpunkte in den traditionellen Fachgebieten, zur fachlichen Erweiterung an den Rändern des bisherigen Fächerspektrums und zur Verstärkung des Engagements für integrierte Auslandsstudiengänge haben nahezu flächendeckend zu neuen attraktiven Studienangeboten geführt. Im Bereich von Gesundheit und Pflege ist ein neues Fächerspektrum entstanden, das gerade auch bereits im Beruf Stehenden neue Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnet. Auch die vierte Leitlinie, nämlich neue berufsorientierte Studiengänge mit sprach-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Inhalten, die auf Tätigkeiten in der Wirtschaft vorbereiten, aufzubauen, ist vielfach aufgegriffen worden. Ist der Wirtschaftsingenieur das älteste erfolgreiche Beispiel für diese Entwicklung, so sind mit Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspsychologie – um nur zwei Beispiele zu nennen – in Kernbereichen uni-

versitärer Fächer Fachhochschulinitiativen entwickelt worden, die auf Studienreformen in den Universitäten zurückwirken werden.

Gerade für die Verbindung von Fach- und Methodenkompetenzen aus unterschiedlichen Disziplinen bieten die Fachhochschulen aufgrund ihrer studiengangsorientierten Organisationsstruktur besonders günstige Voraussetzungen; sie verfügen damit gegenüber den Universitäten über einen wichtigen Wettbewerbsvorteil, zumal nach Einschätzung der bereits erwähnten Arbeitsgruppe „Hochschulstudium und Arbeitsmarkt“ der Bedarf ebenso wie die Nachfrage nach derartigen Studienangeboten zunehmen wird. Sie empfiehlt deshalb neben dem Ausbau der Fachhochschulen auch den Universitäten, Berufsbefähigung als Studienziel von Studienbeginn an in Studium und Lehre anzulegen.

Internationalität

Daß ich persönlich höchst beeindruckt bin von den internationalen Aktivitäten der Fachhochschulen, möchte ich nur einer gewissen Vollständigkeit halber erwähnen. Es waren gerade die Entwicklungshindernisse der Fachhochschulen in Deutschland, die Auslöser für die Internationalität waren, also beispielsweise die stark eingeschränkten Möglichkeiten zur Vergabe international bekannter Hochschulgrade. Als Historiker sind mir jedoch zahllose Beispiele dafür bekannt, wie verordnete Handlungseinschränkungen an einer Stelle Kreativität an einer anderen Stelle freigesetzt haben – vielfach sehr zum Nutzen der „Benachteiligten“.

Vor diesem Hintergrund markiert die Novelle des Hochschulrahmengesetzes mit ihrer Öffnung zur Einführung von Bachelor- und Master-Abschlüssen einen überaus bedeutsamen Punkt in einer Entwicklung, die auch für deutsche Hochschulen bereits vorher eingesetzt hat, nämlich die Abschlüsse international kompatibel zu gestalten und – was vielfach allzu gern übersehen wird – zur Reform von Studium und Lehre. Würden wir die Aufgabenstellung lediglich auf den Austausch von Etiketten beschränken, hätten wir eine große Chance verpaßt und eine dringende Gestaltungsaufgabe versäumt.

Wettbewerb und Profilierung

Aus meiner Sicht ist die Öffnung des HRG das sichtbare Signal dafür, daß sich das Hochschulsystem insgesamt von zugeschriebenen, zum Teil verrechtlichten Standardaufgaben für einzelne Hochschularten und ihre Studienangebote weg

und zu einem System hin bewegt, in dem der Status der einzelnen Hochschule durch spezifische Angebots- und Leistungsprofile im Wettbewerb mit anderen Hochschulen bestimmt wird. Natürlich ist diese Entwicklung für Fachhochschulen und Universitäten mit dem Risiko verbunden, daß als Schutz vor der jeweils anderen Hochschulart empfundene Zäune eingerissen werden. Die formalen Unterscheidungen zwischen den Hochschularten werden an Bedeutung verlieren zugunsten von Profilbildung und Differenzierung, verbunden mit einer deutlichen Steigerung der Vielfalt. Der Erfolg der Fachhochschulen mit ihrem praxisbezogenen Ausbildungskonzept wird – und muß – deshalb dazu führen, daß auch Universitäten bei ihren Studienangeboten Berufsbefähigung sehr viel ernster nehmen werden als bislang. – Wer könnte einen solchen Wettbewerb nicht begrüßen?

Da es die Fachhochschulen gewohnt sind, ihre Studienangebote mit den Veränderungen des Beschäftigungssystems weiterzuentwickeln, auf neue Qualifikationsanforderungsprofile zu reagieren und zugleich neue Aufgabenfelder prospektiv durch Ausbildung mitzugestalten, halte ich sie insgesamt für den Wettbewerb gut gerüstet. Diese günstige Ausgangsposition zu erhalten, erfordert allerdings eine reformorientierte Weiterentwicklung. Es ist deshalb ein Gebot ihres Anspruchs, eine University of Applied Sciences zu sein oder zu werden, sich mit den international weitgehend anerkannten Abschlüssen und den neuen Gestaltungsmöglichkeiten im Lichte veränderter Qualifikationsanforderungen des Beschäftigungssystems auseinanderzusetzen. Wie ich in den Beratungen des Ausschusses Lehre zu diesem Thema immer wieder feststellen konnte, bildet der Fluchtpunkt so mancher vermeintlicher Reformüberlegung für Studienangebote und Abschlüsse ausgesprochen oder unausgesprochen immer noch das Diplom. Lassen Sie mich deshalb zugespitzt und etwas provokant formulieren: Der geplante Bachelor-Abschluß soll kein Diplom-Abschluß sein und dennoch erste Berufsqualifizierung zum Ausdruck bringen.

Gerade in Verbindung mit berufsbezogenen Masterprogrammen bringt die neue Abschlußstruktur neue und weitreichende Möglichkeiten zur Verbesserung dieser Qualifikationsadäquanz eines Hochschulstudiums, das nach dem ersten Abschluß und entsprechenden Berufserfahrungen offen bleibt für einen zweiten berufsqualifizierenden Abschluß, nämlich den Mastergrad. Ein Festhalten am Diplom würde den Fachhochschulen den Wettbewerb mit universitären BA-

und MA-Angeboten nicht ersparen, zumal es deutliche Anzeichen in der Wirtschaft für Akzeptanz des Bachelors zu geben scheint, wie mir vorab aus einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft berichtet wurde, die in den nächsten Wochen veröffentlicht wird.

Zum Prozeß der Profilbildung und Differenzierung gehört, daß die klassische Aufgabentrennung zwischen den beiden Hochschularten in gleichem Maße an Prägekraft verlieren wird, wie Autonomie und Selbstverantwortung zunehmen. Zugleich wird die Schnittmenge im Bereich von Lehre und Studium zwischen Fachhochschulen und Universitäten deutlich anwachsen. Ich räume den Fachhochschulen für das erfolgreiche Bestehen dieses Wettbewerbs sehr gute Chancen ein, wenn sie ihre spezifischen Stärken nutzen und weiterentwickeln.

Leitungsorientierte Differenzierung

Zu einer realistischen Zukunftsperspektive gehört die Einsicht, daß ebenso wie im Universitätsbereich auch im Bereich der Fachhochschulen eine deutliche Differenzierung nach Profil und Leistung eintreten wird. Eine durch Vielfalt und Breite der Fächer geprägte große Fachhochschule wird andere Entwicklungschancen wahrnehmen können und sich andere Ziele setzen als eine kleine Fachhochschule, die ihre 1.000 flächenbezogenen Studienplätze noch nicht erreicht hat und in einem Umfeld tätig ist, das durch strukturelle wirtschaftliche Probleme gekennzeichnet ist. Mit einer Differenzierung verbinde ich auch die Erwartung, daß sich mehr Fachhochschulen für duale Studienangebote öffnen und damit die Reichweite des Hochschulbereichs ausgeweitet und seine Vielfalt vergrößert wird.

Ich empfinde es durchaus als Bereicherung, wenn dort, wo wirklich leistungsfähige Schwerpunkte im Bereich von Forschung und Entwicklung bestehen oder aufgebaut werden können, daran anknüpfende Master-Programme angeboten werden können. Im Rahmen der erwähnten Anhörung sind gemeinsame Initiativen einer benachbarten Universität und Fachhochschule ebenso vielversprechend vorgestellt worden, wie die Absicht einer Fachhochschule, zusammen mit einer Großforschungseinrichtung ein solches Programm zu entwickeln. Wir sollten allerdings realistisch genug sein, daß sich nicht in jeder Fachhochschule und in jedem Fachbereich solche Schwerpunkte in Forschung und Entwicklung bilden lassen. Auch auf diesem Feld sollte das transparent gemacht werden, was in Ansätzen bereits Realität

ist, nämlich leistungsorientierte Differenzierung zwischen den Hochschulen und innerhalb der Hochschulen zwischen Fachbereichen. Dies hat aus meiner Sicht zur Folge, daß den Anspruch einer University of Applied Sciences nicht alle Fachhochschulen in gleicher Weise werden erfüllen können. Wo in den Fachhochschulen besondere Leistungen in Forschung und Entwicklung möglich oder erbracht worden sind, sollte allerdings auch staatliche Förderung den Aufbau und Erhalt der Drittmittelfähigkeit ermöglichen.

Forschungsförderung

Die Länder und der Bund sollten deshalb zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die Leistungspotentiale im Bereich von Forschung und Entwicklung wettbewerbs- und qualitätsorientiert zu fördern. Es ist verdienstvoll, daß das BMBF vor einigen Jahren die Initiative mit einem im Umfang bescheidenen, aber von der symbolischen Bedeutung her wichtigen Förderprogramm ergriffen hat. Um so bedauerlicher ist es jedoch, daß es im Zuge des allgemeinen Aufwuchses des BMBF-Haushaltes nicht gelungen ist, den Ansatz für dieses wirksame Förderprogramm von 11 auf 17 Millionen zu erhöhen. Daß dieses Anliegen im parlamentarischen Verfahren gescheitert ist, unterstreicht einmal mehr, wieviel Aufklärungsarbeit offensichtlich noch zu leisten ist.

Vielfach wird in diesem Zusammenhang auch die äußerst geringe Beteiligung der Fachhochschulen an den Fördermöglichkeiten der Deutschen Forschungsgemeinschaft beklagt. Eine stärkere Beteiligung nach den Regeln der DFG sollte weiterhin ein Weg für die Fachhochschulen bleiben. Zugleich bin ich persönlich der Auffassung, daß die Mission der DFG auf den Grundlagenforschungsbereich und verwandte Bereiche konzentriert bleiben sollte; deshalb müssen für anwendungsbezogene Vorhaben bei Forschung und Entwicklung ergänzende Fördermöglichkeiten außerhalb der DFG bedacht werden, die sich an vergleichbar hohen, jedoch auf die unterschiedliche Zielsetzung ausgerichteten Qualitätsstandards orientieren.

Die Fachhochschulen nehmen nach meiner Auffassung im Gesamtsystem unserer neuen Hochschullandschaft eine wichtige Position ein. Dafür zu arbeiten, ist jede Anstrengung wert, und ich möchte Ihnen für Ihren Einsatz meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. □



Forschungsschwerpunkte

Sicherheitskatheter in der FH Bielefeld entwickelt

Interdisziplinäre Zusammenarbeit von Medizin, Maschinenbau und Elektrotechnik haben zu einem patentgeschützten Produkt geführt, einen klinisch einsetzbaren Sicherheitskatheter. „Gefordert war ein Katheter“, so Entwickler Professor Dr. Karl-Ulrich Kettner aus dem Fachbereich Maschinenbau der FH Bielefeld, „den man auf natürlichem Weg bis in den Harnleiter hinauf einschieben kann, um eine versehentliche Verletzung dieses Hohlorgans bei einer Knopflochoperation im Unterbauch von vornherein zu verhindern.“ Das Gerät muß einen Alarm auslösen können, sobald ein Metallgegenstand (z.

B. eine Schere) in seine Nähe kommt. Zusätzlich muß der Katheter biegsam, nicht dicker als zwei mm und auf eine Länge von circa zehn cm empfindlich sein. Aus hygienischen Gründen und für seine Wiederverwendbarkeit ist eine sterilisierbare Kunststoffummantelung erforderlich. Zur Auswertung der Sensorsignale und Ausgabe des erforderlichen Alarms wurde eine Auswertelektronik entwickelt, mit der man unter anderem in der Lage ist, die Empfindlichkeit des Sensors, also den Abstand, ab dem der Alarm anschlägt, einzustellen. Die klinische Erprobung des Sensors ist in Vorbereitung. *ls.*

Neue Studiengänge

Praxisbezogene Juristen für die Wirtschaft

Ab dem Wintersemester 1999/2000 bietet die FH Nürtingen den Studiengang Wirtschaftsrecht mit dem Abschluß Diplom-Rechtsökonom/-ökonomin (FH) an. In das acht-semestriges Studium sind zwei praktische Studiensemester integriert. Das Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen und den juristischen Fächern beträgt etwa

ein Drittel zu zwei Dritteln. Das Studium wird geprägt durch die Arbeit in kleinen Gruppen (Projekte, Übungen), die Wahl einer Wirtschaftsfremdsprache und den Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Arbeitstechniken und Rhetorik, Teamfähigkeit, Fremdsprachen, EDV-Anwendung und Medientechnik. *ls.*

Facility Management in Gießen-Friedberg

Die systematische Bewirtschaftung von Gebäuden durch ein Management, das in einer Hand liegt, gilt als Dienstleistungsangebot der Zukunft. Das interdisziplinäre grundständige Studium wird von der FH Gießen ab dem Wintersemester 1999/2000 angeboten. Hierzu arbeiten drei Fachbereiche in einem neuartigen Kooperationsmodell zusammen: Energie- und Wärmetechnik; Wirtschaftsingenieurwesen

und Produktionstechnik sowie Krankenhaus- und Medizintechnik, Umwelt- und Biotechnologie.

Die Ausbildung dauert acht Semester. Im Hauptstudium, in dem ein Berufspraktisches Semester obligatorisch ist, ermöglichen Wahlpflichtfächer die individuelle Gestaltung der Studienschwerpunkte. Der Studiengang schließt mit dem Titel eines Diplom-Wirtschaftsingenieurs (FH) ab. *ls.*

Pflege/Pflegemanagement an der Hochschule für Sozialwesen in Esslingen

Ab dem WS 1999/2000 startet der Studiengang Pflege/Pflegemanagement mit 30 Studienanfängerplätzen an der Hochschule für Sozialwesen in Esslingen. Zulassungsvoraussetzungen sind eine abgeschlossene Ausbildung in einem Pflegeberuf sowie einschlägige Berufserfahrung.

Mit ihrem Studienkonzept will die Fachhochschule insbesondere für diejenigen Aufgaben qualifizieren, die die Deutsche Krankenhausgesellschaft für den Bereich Pflege-management festgelegt hat. Dazu gehört etwa die Planung des Personal- und Sachmittelbedarfs, die organisatorische Gestaltung des Pflege-

dienstes sowie die Festlegung des Pflegestandards und der Arbeitsmethoden. Ziele des Studiums sind u.a. die Vermittlung von Konzepten pflegerischen Handelns und deren praxisorientierten Umsetzungsmöglichkeiten, Kenntnissen der philosophisch-ethischen Grundlagen der Pflege und des Gesundheitswesens sowie von Kenntnissen wichtiger Teilbereiche des Pflegemanagements in besonderen Studienschwerpunkten (Pflegedienstleitung oder Qualitätssicherung).

Bundesweit wird von einem Bedarf von 12.000 bis 13.000 Pflegekräften in herausgehobenen Funktionen ausgegangen. *ls.*

Neue Abschlüsse

International Business and Management an der FH Osnabrück

Der Studiengang hat gestufte Abschlüsse. Nach drei Jahren kann der erste Hochschulgrad BA in International Business and Management erworben werden. Darauf aufbauend kann nach weiteren zwei Jahren das Studium mit dem MA in International Business and Management abgeschlossen werden. Der MA-Abschluß kann auch über ein Teilzeitstudium erlangt werden. Das Studium ist modular aufgebaut, d.h. die Studierenden können sich ihre Fächer in Form von Modulen flexibel und individuell zusammenstellen. Durch entsprechende Kombination von Modulen ist es auch möglich, den Titel Diplom-Kfm. bzw. Diplom-Kff. (FH) zu erlangen. Der modulare Aufbau des Studiums ermöglicht den Studierenden eine individuelle und flexible Kombination

ihrer Fächer. Es sind integrierte Studien- und Praxissemester im In- und Ausland vorgesehen. Außerdem wird Wert darauf gelegt, daß die Studierenden Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein erwerben. Durch ein Tutorensystem erfolgt eine intensive fachliche und soziale Betreuung. Die Studierenden werden auf der Basis eines Eignungstestes und eines persönlichen Gesprächs ausgewählt. Die Hälfte der Teilnehmer stammt aus dem Ausland, wobei ein Großteil der ausländischen Studierenden aus Mittel- und Osteuropa sowie dem asiatischen Raum kommt. Die Studiengruppen sind somit international zusammengesetzt, ein Teil der Lehrveranstaltungen erfolgt in englischer Sprache. *ls.*

Bachelor in Journalistik

Ab dem Wintersemester 1999/2000 bietet die FH Hannover die Studiengänge Journalistik und Public Relations/Öffentlichkeitsarbeit (je 20 Studienanfängerplätze) an. Beide Studiengänge haben ein gemeinsames Grundstudium, da weit über die Hälfte des journalistischen Grundwissens für Journalisten und PR-Fachleute gleichermaßen wichtig ist.

Die Studierenden beider Studiengänge lernen vom ersten Semester an, sich das journalistische sowie das PR-Handwerkszeug anzueignen und unter berufstypischen Arbeitsbedingungen einzusetzen (Fachkompetenz). Sie erhalten ein solides Grundwissen der Medienwissenschaft

und der wissenschaftlichen Methoden (Sachkompetenz). Darüber hinaus werden den Studierenden im Grund- und Hauptstudium Schlüsselqualifikationen vermittelt, zum Beispiel Präsentationstechniken, Sprachen und Arbeitsorganisation. (Vermittlungskompetenz).

Für beide Studiengänge gilt das Ziel „spezialisierungsfähige Generalisten“ auszubilden. Das Studium schließt mit dem Bachelor-Grad ab. Die Konzeption und Durchführung des Studiengangs erfolgt in enger Kooperation mit dem Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik und Theater Hannover. *ls.*

Medizintechnik international – Clinical Engineering

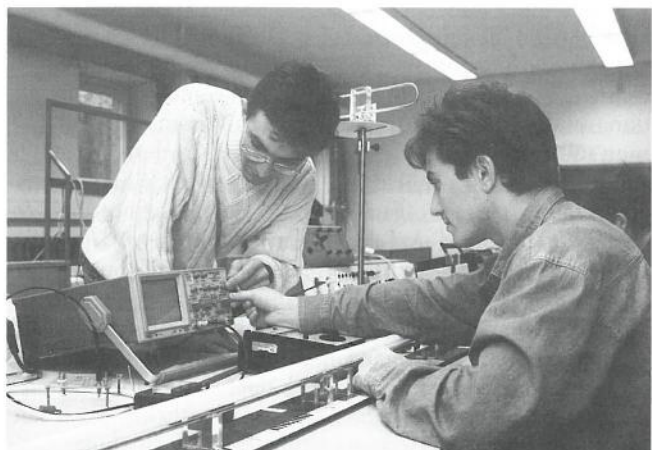
Der internationale Studiengang Clinical Engineering wird zum kommenden Wintersemester an der FH Gießen-Friedberg den Lehrbetrieb aufnehmen. Er gehört zu zwölf erfolgreichen Projekten, die der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 1999 nach bundesweitem Auswahlverfahren für vier Jahre fördern wird. Der innovative Studiengang wird am Fachbereich Krankenhaus- und Medizintechnik, Umwelt- und Biotechnologie in Gießen eingerichtet. Die Förderung ermöglicht die Einbindung ausländischer Dozenten in das Lehrangebot, besondere Betreuung der Studierenden in Kleingruppen und die Unterstützung obligatorischer Auslandssemester durch Stipendien. Das Konzept des Studiengangs Clinical Engineering umfaßt ein komplettes englischsprachiges Lehrprogramm in den ersten Semestern. Ein integriertes Auslandssemester und international übliche Studienabschlüsse: Bereits nach drei Jahren können Absolventen den Grad Bachelor of Science (BSc) erwerben. Ein viertes Studienjahr mit berufspraktischen Studien und Diplomarbeit in Form eines Projektstudiums führt zum Bachelor of Science (honours degree) with Diploma in Industrial Studies (BSc

hons with DIS). Dieser Abschluß ist äquivalent zum Diplom-Ingenieur (FH) und berechtigt zum Weiterstudium in einem Master-Studiengang.

Das Studium ist interdisziplinär und modular aufgebaut und in das europäische Credit-Transfer-System (ECTS) eingebunden, was die Anerkennung von Prüfungen an anderen Hochschulen erleichtert. Im ersten Studienjahr stehen Grundlagenfächer im Vordergrund. Die zweite Phase vermittelt die medizinische und ingenieurwissenschaftliche Basis. Im dritten und vierten Studienjahr folgen die praxisorientierte Vertiefung sowie die Spezialisierung durch Wahlpflichtmodule.

Nach einschlägiger Berufspraxis im Anschluß an das Studium besteht die Möglichkeit der Anerkennung als Europa-Ingenieur (EUR-ING) und als „Certified Clinical Engineer (CCE)“. Das Studienangebot qualifiziert für das Management und den Betrieb der Medizintechnik im Krankenhaus, für die Planung von Gesundheitseinrichtungen oder für kunden-nahe Ingenieur-Tätigkeiten wie z.B. Projektmanagement, Applikationsentwicklung, Marketing oder Service in der Industrie.

PM FH Giessen-Friedberg, ls.



Quelle: FH Zwickau



Aufbaustudiengänge und Weiterbildung

Sichuan verlagert Managementfortbildung von USA nach Berlin

Nach rund zweijährigen Verhandlungen mit der Regierung der Provinz Sichuan, der größten Provinz der VR China, ist es der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin jetzt gelungen, die Managementfortbildung für Führungskräfte aus Verwaltung und Unternehmen nach Berlin zu holen. Bis jetzt finden die Programme ausschließlich in den USA statt. Die Kosten des Programms werden von der chinesischen Seite getragen. Die Managementfortbildung dauert jeweils drei Monate und erfolgt in englischer Sprache. Es werden akademische Kurse und Praxisaufenthalte in Unternehmen kombiniert.

Postgradualer Studiengang für Ingenieure: Master of Science in CAE-Techniques

Den Mangel an Spezialisten mit guten Kenntnissen in rechnergestützter Konstruktion und Produktoptimierung soll das englischsprachige Studienangebot der beiden Kooperationspartner Fachhochschule Bielefeld und der De Montfort University in Leicester/Großbritannien mindern helfen. Der einjährige postgraduale Studiengang Master of Science soll die Karriereaussichten von Ingenieuren nach einer ersten

Die Provinz Sichuan zählt mit circa 80 Millionen Einwohnern zu den einflußreichen und besonders zukunfts-trächtigen Regionen der Volksrepublik China. Der Vertrag wurde am 10. Mai 1999 von Vizegouverneur Cheng Wengguang und Rektor Kunze in Berlin unterzeichnet. Der erste Kurs beginnt im Januar 2000.

Der Vertragsabschluß fördert besonders auch die wirtschaftlichen Chancen der Berliner Unternehmen, weil die Unternehmenskontakte der chinesischen Führungskräfte in Berlin beim Markteintritt in China sehr hilfreich sind.

PM FHW, ls.

qualifizierten Hochschulausbildung verbessern, indem ihnen theoretisches und praktisches Wissen auf dem Gebiet der rechnergestützten Produktentwicklung (Computer Aided Engineering) vertieft vermittelt wird. Voraussetzungen für die Studienaufnahme: Diplom in Maschinenbau, Elektrotechnik, Informatik, Mathematik, Physik oder einer anderen naturwissenschaftlichen Fachrichtung einer Hochschule. *ls.*

Marketing

Studienberatung USA in der FH Hannover fest institutionalisiert

Die Studienberatung USA wurde am 1. Juni 1999 als Institution in der Fachhochschule Hannover (FHH) fest verankert. Nach einer dreijährigen Pilotphase haben Studierende damit eine ständige Anlaufstelle für USA bezogene, studienrelevante Information und Beratung. Kernstück der Studienberatung USA ist das Internetprojekt „Studium und Praktikum in den USA“ (<http://www.fh-hannover.de/usa>). Das umfangreiche Informationsangebot wird weit über

Niedersachsen hinaus frequentiert und genutzt. Auskünfte erteilt Frau Ursula Truman. Individuelle Anfragen können telefonisch oder per E-Mail truman@verw.fh-hannover.de gerichtet werden. Die Broschüre „Praktikum in den USA“ ist für Studierende aller niedersächsischen Fachhochschulen kostenlos erhältlich. Andere Interessenten erhalten die Broschüre gegen Voreinsendung von fünf DM in Briefmarken an die Studienberatung USA. *ls.*

Ausstattung

FH Zwickau erhält Reinräume für die Mikrosystemtechnik

Die neuen Labor- und Reinräume der Arbeitsgruppe Mikrosysteme des Fachbereichs Elektrotechnik an der Westsächsischen Hochschule wurden am 14. Juni 1999 in Betrieb genommen und dabei der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel der Mikrosystemtechnik in Zwickau sind vier Schwerpunkte bei der Ausbildung der Ingenieurstudenten: Halbleitertechnologie, Entwurf und Simulation, intelligente Systeme sowie Meßtechnik und Zuverlässigkeit.

Angestrebt und konzipiert wurde ein spezieller Reinraum, der jetzt zur Verfügung steht und der es den Studierenden erlaubt, weitestgehend selbstständig an den Anlagen und Geräten zu arbeiten. Mit der Inbetriebnahme der Laborräume stehen der Hochschule 200 m² Reinräume zur Verfügung. Die Berei-

che sind aufgeteilt in Schleuse, Lithographie (Gelblicht-Bereich), Schicht-Technologie, Aufbau- und Verbindungstechnik sowie Mikro-Controller-Labor. Die Labore verfügen neben den notwendigen Einrichtungen für die Aufbereitung der Luft auch über eine Gasversorgungsanlage für Prozeßgase, einen separaten Kühlwasserkreislauf, sowie eine Reinstwasser-Anlage.

Die Studierenden können in der Studienrichtung Mikrosystemtechnik nach einem insgesamt achtsemestrigen Studium (einschließlich eines einjährigen Studienaufenthalts in Edinburgh, Großbritannien) einen Doppelabschluß erlangen: Diplom-Ingenieur (FH) von der Hochschule Zwickau und BEng(hons.) von der Napier Universität Edinburgh. *ls.*



Das interaktive Lehrgespräch in einer Vorlesung wird an den niederländischen Fachhochschulen immer seltener. Neue pädagogische Einsichten bezüglich effektiven Lernverhaltens und die Veränderungen in den Anforderungen der modernen Arbeitswelt bewirken eine Neuorientierung an den Fachhochschulen hinsichtlich der Methoden der Kompetenzvermittlung.

Drs. Herman Blom
Studiengangleiter
Betriebswirtschaft an der
International Business School
Hanzehogeschool Groningen
Zernikeplein 7
NL-9747 AS Groningen

Neue Qualifikationskonzepte in den Niederlanden

Der Professor als Coach

Wer durch die Gänge einer niederländischen Hochschule geht, findet die meisten Vorlesungsräume leer, die Mediathek, die Kantine, die PC-Räume und die kleineren Projektzimmer dagegen die ganze Woche mit Studierenden überfüllt. Was tun die Dozenten? Sie besuchen die Projektzimmer und sind täglich für Fragen und Erklärungen verfügbar. In vielen Studiengängen haben sich anspruchsvolle Lehrkonzepte herausgebildet: Projektunterricht, problemorientiertes Lernen, „action learning“, Kompetenzlernen. Entsprechend angepasste Prüfungsformen haben die Rolle der Hochschuldozenten grundlegend verändert: Der Professor ist zum Coach geworden!

Lernen zu lernen

Die Studierenden werden in der Informationsgesellschaft mit völlig neuen Anforderungen konfrontiert. Das schnelle Altern von Informationen, neue multimediale Technologien und die zunehmende Komplexität der betrieblichen Aufgaben erfordern Teamfähigkeit, Kooperationsbereitschaft und den Willen, über den Tellerrand des eigenen Faches hinauszuschauen.

Deshalb heißt das neue Motto in der niederländischen Unterrichtspraxis jetzt: „Lernen zu lernen“.

Aus Forschungsergebnissen geht hervor, wie ineffektiv die herkömmliche dozentenorientierte Art der Vorlesung ist. Die Studierenden werden kaum zum Selbststudium angeregt. Der Dozent ist im herkömmlichen Modell Mittelpunkt des Geschehens, die Studierenden orientieren sich exklusiv an seinen Informationen und nehmen eine passive Rolle ein. Als Experte verfügt der Dozent über das Erkenntnismonopol, die Übergabe verläuft schleppend und ineffizient.

In den neuen Lernumgebungen werden die Studierenden aktiviert und studieren selbständig. Sie erwerben neue Erkenntnisse und Fähigkeiten durch „learning by doing“. Der Dozent hilft dabei als Coach und begleitet den Lernprozess. Anlehnung der Theorie an Praxissituationen, Projektarbeiten, Fallstudien und Betriebspraktika verknüpfen ständig Theorie und Praxis. Dies wirkt motivierend, und die bisher extrinsische Motivation wird zu einer intrinsischen.

Die Rolle der Dozenten verändert sich dadurch. Sie geben einen Überblick über die Lernstruktur, orientieren sich an den Anforderungen des Berufs- und Ausbildungsprofils des Studiengangs und behandeln Fragen zur Methodik. Die Zahl der Vorlesungsstunden wird in diesem didaktischen Modell verringert, an deren Stelle treten Beratungsstunden und Rückkopplungen, auch seitens der Kommilitonen. Der Dozent findet seine neue Rolle in der Gestaltung der Lernumgebung der Studierenden, d.h. Lernmittel werden zur Verfügung gestellt bzw. empfohlen (Skripte, Lehrbücher), die Lernumgebung wird gestaltet (Projektträumlichkeiten, EDV-Unterstützung, mediale Möglichkeiten). Im Konzept „Lernen zu lernen“ liegt die Verantwortung für den eigenen Lernerfolg bei den Studierenden selbst, die Dozenten kontrollieren, liefern die Rahmenbedingungen und geben den Studierenden Rückkopplung.

Ein althergebrachtes Problem manchen Curriculums ist, daß es den Studierenden am Überblick über den Zusammenhang der unterschiedlichen Fächer fehlt. Dieses Übel wird von der Überschneidung der Fächer, hinter der sich das Problem eines uneffizienten und somit unmotivierenden Studienangebots versteckt, noch verschlimmert. Der mangelnde Gesamtüberblick geht auch auf Kosten der Anwendbarkeit des Lernstoffs. Projektunterricht setzt beispielsweise den Zusammenhang der beitragenden Fächer voraus. Außerdem fördert er die Anwendung der Erkenntnisse und Fähigkeiten, die in den Fächern erlernt werden.

Die Studierenden werden im Konzept „Lernen zu lernen“ rechtzeitig mit den Problemen der Praxis vertraut gemacht. Die daraus entstandenen Eindrücke von der Berufspraxis verhindern möglicherweise einen tiefen Absturz, wenn nach mindestens acht Studiensemestern sich die Erwartungen an die Berufspraxis als nicht realistisch erweisen. Frühzeitiger Einblick in die Berufspraxis kann einer falschen Studienwahl vorbeugen, außerdem entsteht gerade aus dem Praxisbezug der Studieninhalte ein Motivationspotential.

Schlüsselqualifikationen, wie Team- und Kommunikationsfähigkeit, auch Fremdsprachen, bekommen eine überragende Bedeutung zugewiesen. Das Konzept „Lernen zu lernen“ findet beispiels-

weise in Fallstudien und fächerübergreifenden Projektstudien Ausdruck, die von Gruppen von Studierenden als Teamleistungen bearbeitet werden. Während der Teamarbeiten werden auch die Gruppenprozesse an Hand von Besprechungsprotokollen und Logbüchern berücksichtigt und bewertet, damit prozessorientierte Teambeiträge problematisiert werden können. Aus der letzten Stufenziel-Studie geht die Gewichtung der im Konzept „Lernen zu lernen“ geförderten Schlüsselqualifikationen hervor.¹⁾ Unternehmen bewerten Nachwuchskräfte, die sich um eine Anfangsposition bewerben, nach folgenden Kriterien: fachbezogene Merkmale (wie z.B. Examensnote), personenbezogene Kriterien (z.B. Teamfähigkeit) und Zusatzqualifikationen (z.B. praktische Berufserfahrung sowie Berufsausbildung, Berufserfahrung und Praktika). Die Stufenziel-Studie führt zu dem Schluß, daß die rein fachbezogenen Merkmale zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung mehr sind. Zusatzqualifikationen, wie der Praxiskontakt vor und während des Studiums sowie Schlüsselqualifikationen, die sich auf persönliche Fähigkeiten wie Kooperationsbereitschaft, Kommunikationsfähigkeit und Engagement beziehen, haben einen mindestens ebenso hohen Stellenwert

Motto:

Ich höre und vergesse

Ich sehe und erinnere mich

Ich tue und ich verstehe.

(Altes chinesisches Sprichwort)

Unterschiedliche didaktische Ansätze

Das Konzept „Lernen zu lernen“ enthält verschiedene didaktische Ansätze. Sie alle fordern eine veränderte Rolle des Dozenten, der Dozent ist Coach des Lernprozesses. Erkenntnisvermittlung ist kein Ziel mehr, sondern höchstens ein Mittel, um praktische Probleme zu lösen. Die didaktischen Modelle setzen darauf, daß der Student für seinen Lernprozess selbst verantwortlich ist und sich aktiv beteiligt. Die Hochschulen sehen es als ihre Aufgabe „eine inspirierende Arbeitsstätte für Studierende und Dozenten zu schaffen“ (aus: Leitbild der Hanzehogeschool Groningen).

Projektunterricht: Ein Problem aus der beruflichen Praxis, z.B. die Erstellung eines Business-Plans oder eines Audit, wird als Ausgangspunkt des Lernprozesses genommen. Die Studierenden arbeiten als Gruppe selbständig an einem gemeinsamen Produkt. Das Projekt wird von den Studierenden selbständig verwaltet und besteht aus einer Teamlei-

stung, die Studierenden sind aber trotzdem individuell für das gemeinsame Produkt verantwortlich. Der Dozent fungiert als Tutor, er begleitet während des Lernprozesses den Gruppenprozess. Gruppe und Tutor treffen sich innerhalb des Rahmens der Projektstruktur und der Projektphasen.

Problemorientiertes Lernen: Wie beim Projektunterricht arbeiten die Studierenden in Gruppen, die selbstgesteuert und selbstverwaltet sind. Im Unterschied zu dem mehr praxisorientierten Projektunterricht wird im problemorientierten Lernen die aktive Suche und Verarbeitung von Erkenntnissen und die Analyse von Praxisfällen hervorgehoben. Diese Form ist wenig anwendungsorientiert, ihre Studienaufgaben sind relativ klein (Studienbelastung von ein bis drei Tagen, wobei der Projektunterricht öfter mehrere Wochen überdauert). Die Aufgaben sind relativ geschlossen und führen zu bestimmten Lehrinhalten, die sich die Studierenden selber aneignen müssen. Es wird kein konkretes Produkt (z.B. eine Architekturzeichnung, ein Entwurf) verlangt. Der Dozent ist als Tutor bei den geregelter Gruppen treffen anwesend.

Action-Learning: Lernen während der Arbeit, arbeiten während des Studiums, ist hier das doppelte Motto. Die Arbeits Erfahrungen der Studierenden werden in die Studieninhalte integriert, bzw. die Studieninhalte schließen stets an die Erfahrungen der Studierenden an. Somit lernen Studierende von ihren Kommilitonen.

Kompetenz-Lernen: Die Schlüsselqualifikationen werden in einem langjährigen Folgetrajekt unter die Lupe genommen. Abgeleitet vom Berufsprofil des Absolventen eines Studiengangs werden bis zu 20 Schlüsselqualifikationen selektiert. Ziel des Kompetenz-Lernens ist die Professionalisierung dieser zwischenmenschlichen Fähigkeiten. Der Student unterwirft sich während des Studiums fortdauernd einer kritischen Selbstanalyse. Die Tutoren legen ihre Wahrnehmungen der Studierenden schriftlich fest. Einmal pro Semester besprechen Dozent und Student die Resultate beider Beobachtungen. Der Student schreibt dann seinen Verbesserungsplan, worauf beim folgenden Gespräch eingegangen wird.

Perspektiven

Seit den achtziger Jahren hat an den niederländischen Fachhochschulen ein anderes didaktisch-pädagogisches Konzept Einzug gehalten. Die Hochschulen, sowohl die Fachhochschulen als auch die

Universitäten, haben sich mit Interesse prozessualen Unterrichtsabläufen zugewandt, die im niederländischen Sekundarunterricht schon längst normal waren. Viele Hochschuleinrichtungen fallen dadurch auf, daß sie eine begeisterte, konsistente Unterrichtsphilosophie praktizieren, anstatt sich zurückzulehnen und den Vorlesungsbetrieb schlichtweg ablaufen zu lassen. Die Erfolgsgrundlage des neuen didaktischen Konzeptes liegt in der Begeisterung, mit der es von der Hochschulleitung und den Hochschuldozenten getragen wird. Im neuen didaktischen Konzept „Lernen zu lernen“ ist gerade die Qualität der Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden entscheidend für den Lernerfolg.

Nicht in jeder Hochschule hat die Leitung die Dozenten überzeugt, motiviert und es ermöglicht, unter völlig neuen Bedingungen den Unterricht zu gestalten. Zufälligerweise haben die Sparmaßnahmen, die das Unterrichtsministerium den Hochschulen in den letzten Jahren verstärkt auferlegt, eine unglückliche Allianz mit dem „Lernen zu lernen“-Konzept gebildet. Das Bild des aktiven und selbständigen Studierenden wird mit dem Streben nach weniger Vorlesungsstunden („Kontaktstunden“) verbunden. Daher droht das neue Konzept an Hochschulen zu einem Armutskonzept zu werden: der Student soll selbständig lernen, aber die notwendige soziale Struktur mit Dozentensprechstunden und Tutorenbetreuung wird eingespart.

Der Ansatz „Lernen zu lernen“ stellt hohe Anforderungen an die Gruppengröße, die Räumlichkeiten und an die für Studierende verfügbare Informationstechnologie. Mangelhafte Rahmenbedingungen spiegeln sich in sehr negativen studentischen Bewertungen des neuen didaktischen Systems wider. Sowohl von den Studierenden als auch den Dozenten wird mehr Einsatz gefragt, qualitativ sowie quantitativ. Zum modernen didaktischen Ansatz gehört eine Betriebskultur in den Hochschulen, die von Fleiß und Einsatz geprägt wird. Studierende und Dozenten müssen sich vielleicht noch an die neue Rollenverteilung gewöhnen. Vorbei sind die Zeiten, in denen die Studierenden ihre Klausuren und Leistungsnachweise in einigen Nächten abhandeln. Vorbei sind auch die Zeiten, in denen Hochschuldozenten auf Autopilot geschaltet haben. Das Geschäft der niederländischen Hochschulen ist damit vielleicht spannender, aber nicht billiger geworden!

1) Vgl. Joerg E. Staufenbiel (Hrsg.), *Berufsplanung für den Managementnachwuchs*, Staufenbiel Institut für Studien- und Berufsplanung, Köln 1998, Seite 40 ff. □



Zum dreizehnten Mal findet im Oktober die Deutsch-Niederländisch-Flämische Hochschulkonferenz (DNFHK) statt, dieses Mal in Utrecht. Seit ihrer Gründung 1987 in Bremen hat sie ein spezifisches Profil entwickelt, das der Verfasser hier beschreibt.

Prof. Dieter Leuthold
Hochschule Bremen
Neustadtswall 30
28199 Bremen

Die Deutsch-Niederländisch-Flämische Hochschulkonferenz

Struktur, Entwicklung, Funktion, Perspektive

Die 1987 in Bremen gegründete Deutsch-Niederländisch-Flämische Hochschulkonferenz (DNFHK) hat seit ihrer Gründung ein spezifisches Profil entwickelt. Die folgenden Faktoren spiegeln Flexibilität und Spontaneität der DNFHK als Strukturdeterminanten wider:

1. Die DNFHK verfügt nicht über eine formale Organisationsstruktur im Sinne von Satzung, Vorstand, obligatorischen Sitzungen etc.
2. Ihre Substanz und Kontinuität liegt im ausschließlichen Interesse der teilnehmenden Institutionen (Hochschulen/Fachhochschulen in Deutschland; „Hogeschoolen“ in den Niederlanden und Flandern) und Personen (Rektoren/Präsidenten; Dekane/Fachbereichssprecher; Koordinatoren der Partnerschaften etc).
3. Sie ist geprägt von Internationalität und Multi- bzw. Interkulturalität, verbalisiert im wesentlichen in den Konferenzsprachen Niederländisch und Deutsch.
4. Die Programm-Qualität und -Attraktivität der jeweiligen Konferenz liegt in der Kompetenz der einladenden Hochschule, behutsam beraten vom Ausrichter der vorangegangenen Konferenz und dem Verfasser, der Gründer und Koordinator der Konferenz ist und an allen Terminen teilgenommen hat.
5. Die übernehmende Hochschule oder Institution erhält die Adressen für die Einladungen im nächsten Jahr von der Hochschule oder Institution, die die Konferenz zuletzt ausgerichtet hat. Hierin liegt der transitorische Charakter der DNFHK.

Kurze Geschichte der DNFHK:

Die erste Tagung fand 1987 in Bremen statt. Damals beteiligten sich nur wenige Wirtschaftsfachbereiche von Hochschulen aus den Niederlanden und Deutschland. Der Wechsel zwischen Deutschland und den Niederlanden als Tagungsländer wurde verabredet.

Schon auf der nächsten Konferenz in Amsterdam weitete sich das Spektrum

der beteiligten Fachbereiche auf technikkundliche und sozialpädagogisch-sozialökonomische Fachbereiche aus. Die fachliche Einschränkung wurde dann bei den folgenden Konferenzen völlig aufgehoben.

Die jeweilige Tagesordnung der Konferenzen hatte sich in der Weise herausgebildet, daß zur Eröffnung Vorträge von allgemeiner hochschulpolitischer Bedeutung mit Blick auf die transnationale bzw. internationale Hochschulkoope-ration gehalten und über sie diskutiert wurde. Hierzu wurden und werden Persönlichkeiten des öffentlichen politischen und des Hochschul-Lebens eingeladen.

Die Nachmittage der Konferenzen waren meist dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch gewidmet. Auch neue Kooperationsprojekte wurden hier vorgestellt und diskutiert.

Auf der 10. Konferenz in Breda waren zum ersten Mal Repräsentanten der flämischen Hochschulen in größerer Zahl vertreten. Hier wurde beschlossen, die Konferenz um die flämischen Hochschulen zu erweitern. Im folgenden Jahr war mit Zwickau eine Hochschule in den neuen deutschen Ländern Gastgeber der DNFHK.

Die Konferenz von Antwerpen wurde vom Vlaamse Hogeschoolenrad (VLHORA) organisiert. Sie stand unter dem Thema: „Die lernende Organisation. Für eine bessere Verbindung zwischen Arbeitsmarkt und Hochschulunterricht.“ Der Organisator der Konferenz, Dr. Jan Geents, wird in wenigen Wochen eine vollständige Dokumentation als Monographie vorlegen.

In diesem Jahr wird die Hogeschool Utrecht vom 24. bis zum 26. Oktober 1999 die Konferenz ausrichten. Sie steht unter dem Thema:

Samen Werken aan Innovatie in onderwijs en onderzoek Zusammenarbeiten bei Innovationen in Unterricht und Forschung

Am Sonntagabend, dem 24. Oktober 1999, um 20 Uhr werden auf dem Eröffnungs- und Begrüßungs-Empfang die

Vertreterin des Hochschulrates der Hogeschool Utrecht, Drs. Marlies Coomans, der Vorsitzende des HBO-Rates (d.i. die Niederländische Fachhochschulkonferenz), Prof. Dr. Frans Leijnse, und der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Berlin/Bonn, Dr. Helmut Pütz, sprechen.

Am Montag, dem 25. Oktober 1999, werden drei Referenten deutscher, flämischer und niederländischer Nationalität den Zusammenhang von Unterrichtsreformen und angewandter Forschung im Hochschulbereich thematisieren.

Am Nachmittag wird die Konferenz in Form von Workshops – je zwei sind für jeden Teilnehmer frei wählbar – fortgesetzt:

Die Themen der Workshops:

1. Die internationale Studierenden-gruppe in Vorlesung und Seminar
 2. Innovative Curriculumentwicklung
 3. Innovation der Berufspraxis
 4. ICT (Innovative Kommunikations-Technologie) als Motor für Unterrichtsinnovation
 5. Zusammenarbeit bei angewandter Forschung
 6. Bachelor- und Mastergrad
- u.a.

Am Dienstag, dem 26. Oktober 1999, werden die vielfältigen Formen der Kooperation zwischen Unternehmen bzw. Unternehmensorganisationen auf der einen Seite und der Hogeschool Utrecht vorgestellt. Dies geschieht in den Räumen der Hochschule selbst, aber auch in den kooperierenden Betrieben.

Für den ständig wachsenden Kooperationsraum von niederländischen, flämischen und deutschen Hochschulen – etwa im Bereich von Socrates- und Leonardo-Netzwerken – stellt die DNFHK die einzige internationale Möglichkeit dar, Kontakte zu pflegen, zu reaktivieren oder neu zu starten. Im Rahmen der Utrechter Konferenz wird deshalb auch Gelegenheit sein, über bestehende Hochschul- und Praxis-Partnerschaften zu berichten, aber auch neue zu beginnen.

Im nächsten Jahr wird die DNFHK an einer deutschen Hochschule tagen, im Jahre 2001 in Flandern.

Zur 13. DNFHK werden etwa 250 Teilnehmer/innen erwartet. Bis zum 15. August 1999 sind Anmeldungen möglich bei:

Hogeschool van Utrecht
Central Bureau
Frau Drs. H. Hörig
Postbus 573
3500 AN Utrecht
Niederlande
Telefon: 0031 30 2308378
Fax: 0031 30 2308 299
E-mail: H.Joerg@co.hvu.nl



Baden-Württemberg

Fachtagung bei der Siemens AG, Karlsruhe

Die diesjährige hochschulpolitische Fachtagung des *hlb* Baden-Württemberg war auf der einen Seite durch die Vorstellung der Grundzüge des neuen Hochschulrechts durch den Leiter der Abteilung Fachhochschulen im baden-württembergischen Wissenschaftsministerium, Ministerialdirigent Dr. Harald Hagmann, geprägt und auf der anderen Seite durch den engagierten Vortrag des Leiters des Elektronikwerkes Werner Vogt zu den angewandten Führungsprinzipien und das Führungssystem in Karlsruhe. Nach beeindruckenden Zahlen über den daraus resultierenden Geschäftserfolg konnten sich die Mitglieder und Gäste in einem Rundgang durch das Werk u.a. auch von der Akzeptanz des durch Zielvereinbarungen geprägten Führungsstils bei den Mitarbeitern überzeugen. Die Dokumentation der Tagung ist beim *hlb* Baden-Württemberg erhältlich. Die Stellungnahme des *hlb* zu der Fachhochschulgesetznovelle ist im Internet (<http://www.hlb.de>) abrufbar.

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurden die 1. Vorsitzende Prof. Dr. Dorit Loos (Ludwigsburg), der 2. Vorsitzende Prof. Dr.-Ing. Reinhard Rieckes (Reutlingen) und der 1. und 2. Schriftführer Prof. Dr.-Ing. Walter Kästel (Heilbronn) sowie Prof. Dr.-Ing. Christian Mollenhauer (Furtwangen) einstimmig wiedergewählt. Der bisherige Schatzmeister Prof. Rudolf Jourdan (Ludwigsburg) stand nicht mehr zur Wahl an und gab nach sechsjähriger Tätigkeit sein Amt an den neuen Schatzmeister Prof. Friedrich Büg (Ulm) ab. *ls.*



Bayern

Delegiertenversammlung 1999

HRK-Vorstellungen zur Änderung des Besoldungsrechts zurückgewiesen – Vertrauensschutz für bereits im Dienst befindliche Hochschullehrer unabweisbar

Der Verband der Hochschullehrer an Fachhochschulen e.V. (VHB) hatte die von Präsident Prof. Dr. Reinhard Höpfl ausgesprochene Einladung seiner Fach-

hochschule angenommen, die satzungsmäßige Delegiertenversammlung für das Jahr 1999 am Hochschulstandort Deggendorf abzuhalten. In Anwesenheit des stellv. Vorsitzenden der „Präsidenten- und Rektorenkonferenz der bayerischen Fachhochschulen“ Prof. Dr. August Behr (FH Amberg-Weiden) faßten die Delegierten von 17 Hochschulgruppen sowohl verbands- als auch hochschulpolitische Beschlüsse.

In den turnusmäßigen Neuwahlen wurden Prof. Dr. Dietrich Grille (Georg-Simon-Ohm-FH Nürnberg) als Vorsitzender, Prof. Andreas Hutter (Katholische FH München), Prof. Dieter König (FH Kempten) als Stellvertreter einstimmig wiedergewählt. Neuer dritter Stellvertreter wurde Prof. Dr. Johann Plankl (FH Deggendorf). Schatzmeister blieb Prof. Dr. Bernhard Kulla (FH Regensburg).

Die von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 2. November vorgeschlagenen Regelungen – u.a. Wegfall der Dienstalters-Zulagen – werden von den Delegierten des VHB geschlossen zurückgewiesen. Grund ist die Unklarheit der HRK-Definition von Leistung. Der VHB verlangt in seinem Positionspapier nachprüfbare Leistungskriterien. Ferner weist der VHB auf die zunehmende Beunruhigung seiner Mitglieder bei der Umwandlung von C 2-Stellen in C 3-Stellen hin. Was bei den Universitäten offensichtliche Praxis sei, dürfe den Fachhochschulen nicht genommen werden. Bei Neuregelungen beansprucht der VHB für bereits im Dienst befindliche Kolleginnen und Kollegen den vollen Vertrauensschutz. Perspektivisch fordert der VHB den Fortfall der Notwendigkeit zur bisherigen Zweitberufung. Das könne kostenneutral über die einheitliche C3-Besoldung mit abgesenkter Eingangsstufe erreicht werden.

Würzburger FH-Professoren lehnen Besoldungsreform ab

„Zu einseitig auf die Verhältnisse und Organisationsstrukturen der Universität fixiert“. Mit dieser Feststellung lehnen die organisierten Professoren der FH Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg die von den Kultusministern geplante Besoldungsreform ab: „Die 30jährige Erfolgsgeschichte der bayerischen Fachhochschulen beweist die Leistungsorientierung ihrer Dozenten. Einschneidende Veränderungen der Besoldungsstruktur werden ein anderes Profil der Lehrenden nach sich ziehen. Wenn Leistungsträger in der Wirtschaft ent-

schieden mehr verdienen, werden sie die Hochschule meiden. Mittelmäßige Dozenten aber werden mittelmäßige Absolventen ausbilden. Der deutsche Diplomingenieur wird dann nicht mehr sein, was er war und was er heute noch ist“.

Der Landesvorsitzende des VHB, Prof. Dr. Dietrich Grille, berichtete über gute Erfah-

rungen mit der vor einigen Jahren errichteten eigenen FH-Abteilung im Ministerium. Viele Besprechungen der VHB-Vertreter mit den Beamten, aber auch mit Staatsminister Zehetmair persönlich, hätten einen fairen Umgang mit den Fachhochschulen und ihren Sorgen bewiesen.

Dietrich Grille



Hamburg

h/b-Hamburg im Internet

Hamburg hat seine homepage ins Internet eingestellt: <http://www.fh-hamburg.de/org/hlb>

Franz Vinnemeier

Wettbewerb und Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen

Tagung des Bad Wiesseer Kreises

Aus der eher nostalgischen Versammlung süddeutscher Fachhochschul-„Direktoren“ wurde die offene Jahrestagung der Mitgliedergruppe Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Zum diesjährigen Treffen vom 13.–16. Mai kamen zu den aus allen Bundesländern, Österreich und der Schweiz angereisten Rektoren und Präsidenten der Fachhochschulen die Spitzen von Politik und Universitäten, die Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung Edelgard Bulmahn, die Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung Hamburg, Krista Sager, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates Prof. Dr. Winfried Schulze und fünf Vizepräsidenten der HRK, darunter die beiden der Mitgliedergruppe Fachhochschulen Prof. Dr. Rupert Huth und Prof. Dr. Clemens Klockner. Wenn Universitäten und Fachhochschulen immer noch unterschiedliche Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft befriedigten (wie die Bundesministerin

Bulmahn verkündete), dann bräuchte über Wettbewerb zwischen den Hochschularten nicht gesprochen zu werden.

Wettbewerb findet auf Märkten statt; der Wettbewerb der Hochschulen vollzieht sich noch auf dem Markt der Politik, und die Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen wird von der Politik immer noch stark behindert. Fairer Wettbewerb ist unvereinbar mit Monopolen. Und Kooperation funktioniert nur unter ranggleichen Partnern, wenn sie beiden Seiten Vorteilen bringt; die Partner müssen also komplementäre Leistungen einbringen. Der Ruf nach regionaler Kooperation zwischen Fachhochschulen und Universitäten scheint nicht nur der Weg des geringsten Widerstandes zu sein, sondern auch der Vernunft – unter der aufgezeigten Voraussetzung der Gleichwertigkeit. Sie hat viele Komponenten, die erst noch geschaffen werden müssen.

Günther Edler

Ausländische Hochschulgrade

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Internationalisierung des Bildungswesens hat die Kultusministerkonferenz ihre bisherige Beschluslage zur Führung ausländischer Hochschulgrade einer grundlegenden Revision unterzogen. Dabei wurden erhebliche Erleichterungen bei der Führung im Ausland erworbener akademischer Grade beschlossen, die dazu beitragen, die internationale Kompatibilität ausländischer und deutscher Studiensysteme zu unterstreichen.

Bisher wurde die Führung grundsätzlich nur in der Originalform genehmigt und – auch bei materiell gleichwertigen Hochschulgraden – keine Umwandlung in den entsprechenden deutschen Grad vorgesehen. Im Zuge des Ausbaus internationaler Beziehungen der Hochschulen insbesondere innerhalb des europäischen Raumes stellte sich diese Praxis, nach der z.B. ein in Großbritannien erworbener „Doctor of Philosophy“ nur in seiner vollständigen Form oder in der Abkürzung „PhD“ geführt werden darf, als Hemmnis für die internationale wissenschaftliche Kooperation und auch als diskriminierend für die Betroffenen heraus.

Der von der Kultusministerkonferenz nunmehr verabschiedete Beschluß sieht daher u.a. für eine ganze Reihe europäischer Staaten

die Führung des Doktorgrades in der deutschen Abkürzung „Dr.“ – ohne fachlichen Zusatz – vor.

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz umfaßt zwei umfangreiche Listen, in denen diejenigen Hochschulgrade aufgeführt werden, die allgemein (Staaten der EU bzw. des EWR) oder im Einzelfallverfahren (osteuropäische Staaten, USA und Kanada) zur Führung genehmigt werden. Die Listen enthalten – nach Staaten differenziert – die genauen Bezeichnungen der Abschlüsse und die Hochschulen, an denen sie verliehen werden.

Ferner wird die Führung von Hochschulgraden bei der sog. „Doppeldiplomierung“ sowie bei „Doppelpromotionen“ im Rahmen von Kooperationen inländischer und ausländischer Hochschulen geregelt: Der inländische und der ausländische Grad können jeweils für sich geführt werden. Sollen beide Grade zusammen geführt werden, so sind sie durch Schrägstrich zu verbinden [z.B. „Diplom-Ingenieur (FH)/Bachelor of Engineering“]. Dies gilt ebenfalls für die abgekürzte Form (z.B. „Dipl.-Ing. (FH)/B.Eng.“). Die Länder werden bei der künftigen Genehmigung von Prüfungsordnungen auf diese Festlegung achten. Bestehende Prüfungsordnungen bleiben unberührt.

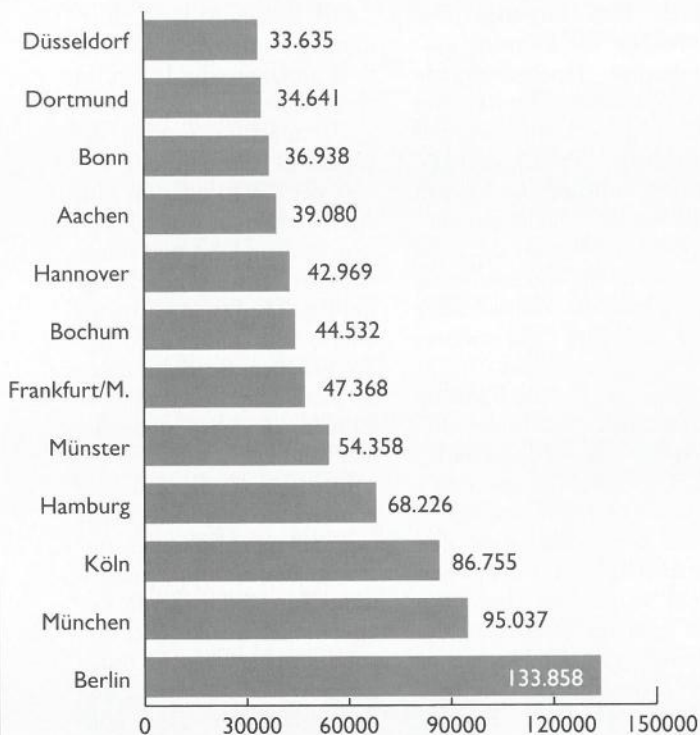
KMK, hm.



Die Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung Edelgard Bulmahn im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Prof. Dr. Winfried Schulze beim Bad Wiesseer Kreis.

Städte mit den meisten Studenten

Stand 1.1.1998; Ursprungsdaten Stat. Bundesamt



Quelle: iwd Nr. 21 v. 25./27. Mai 1999

Nordrhein-Westfalens Hochschulrat nimmt die Arbeit auf

Der von der nordrhein-westfälischen Landesregierung eingesetzte Expertenrat zur Reform der Hochschullandschaft hat am 23. April seine Arbeit aufgenommen. Der 17köpfige Expertenrat soll die Leistungen der Studien- und Forschungsbereiche der 52 nordrhein-westfälischen Hochschulen bewerten, Reformvorschläge der Hochschulen untersuchen und eigene Modelle entwickeln. An den NRW-Hochschulen sollen in den kommenden Jahren 2000 Stellen gestrichen werden. Im Gegenzug sollen die Hochschulen bis zum Jahr 2004

von Stellenbesetzungssperren und globalen Minderausgaben freigestellt werden. Außerdem will das Land einen Innovationsfonds von bis zu 100 Millionen DM pro Jahr auflegen, aus dem Reformprojekte bezahlt werden. Dem Expertenrat gehören neben international renommierten Wissenschaftlern aus verschiedenen Fachrichtungen auch Vertreter der Wirtschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes an. Vorsitzender ist Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen, Präsident der europäischen Rektorenkonferenz und früherer Präsident der HRK. *dpa, ls.*

Bundesweite Spitzenstellung bei Stiftungsprofessuren

Das Land Baden-Württemberg will auch künftig seine bundesweite Spitzenstellung bei der Einwerbung von Stiftungsprofessuren behaupten. Dazu hat das Kabinett Richtlinien für die Behandlung der bestehenden sowie der bis zum Jahr 2006 neu einzurichtenden Stiftungsprofessuren beschlossen. Derzeit gibt es in Baden-Württemberg ca. 25 Stiftungsprofessuren an den Universitäten und Fachhochschulen mit einer Gesamtförderung aus der Wirtschaft in Höhe von insgesamt rund 70 Millionen DM. Bislang war bei 10-jährigen Stiftungsprofessuren die Frage offenge-

lassen worden, wie die Absicherung im Haushalt nach Ablauf des Förderzeitraumes erfolgen soll. Dies hatte dazu geführt, dass die Hochschulen bei der Annahme von Stiftungsangeboten bisweilen zurückhaltend reagierten. In Zukunft soll etwa zwei Jahre vor Ablauf der Förderphase eine Evaluation erfolgen. Fällt diese positiv aus, führt das Wissenschaftsministerium die Professur aus seinem Etat weiter. Damit wird den Hochschulen die Kostenneutralität von Stiftungsprofessuren garantiert und ein Anreiz für ihre Einwerbung geboten.

PM MWK, ls.

Untersuchung zum Ausländerstudium in Deutschland

Die Auswertung einer gesonderten Befragung der ausländischen Studierenden in Deutschland wurde im Mai von BMBF und Deutschem Studentenwerk vorgestellt. Danach betrug der Anteil der ausländischen Studierenden 8,6%, das sind 158000. Rund ein Drittel davon sind Bildungsinländer, d.h. sie haben ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben. 40% der ausländischen Studierenden kommen aus den Entwicklungsländern. Asiatischer Herkunft sind gut ein Fünftel aller ausländischer Studierenden, afrikanischer Herkunft etwa ein Zehntel. Die wichtigsten einzelnen Herkunftsländer sind einschließlich der Bildungsinländer bei den Entwicklungsländern Polen (9,9%), Türkei (87,2%), Iran (6,9%), Russ. Föderation (6,5%) und China (6,1%), bei den Industrieländern Frankreich (13,0%), Griechenland

(10,6%), Österreich (9,3%), Italien (7,9%) und Finnland (5,5%).

Von den Studierenden, die in ihrem Heimatland schon einen Bachelor-Abschluss erworben hatten (15% der Gäste aus Industrieländern und 25% der Gäste aus den Entwicklungsländern) stufte knapp die Hälfte (43%) diesen Abschluss unterhalb des deutschen Vordiploms ein, ein Viertel als entsprechend. 30% verglichen ihren Bachelor mit dem deutschen Diplom. Die Ingenieurwissenschaften stehen bei den Studierenden aus den Entwicklungsländern an erster Stelle, dicht dahinter die Sprach-/Kulturwissenschaften, die bei den Studierenden aus den Industrieländern mit 34% überwiegen (Ingenieurwissenschaften 16%). Die Hauptfinanzierungsquelle ist für mehr als die Hälfte der Studierenden der eigene Verdienst (55%). *ls.*

Befristung von Drittmittelstellen

Ein Grund zur Befristung einer Stelle im Rahmen einer Drittmittelfinanzierung liegt nach herrschender Rechtsprechung nur dann vor, wenn Drittmittelgeber und Arbeitgeber sich mit den Verhältnissen der betroffenen Stelle befaßt und eine Entscheidung über den späteren Wegfall des konkreten Arbeitsplatzes getroffen haben. Ein Anhaltspunkt für den Wegfall des Bedürfnisses der Weiterbeschäftigung ist dann gegeben, wenn die Stelle von vornherein auf bestimmte Zeit bewilligt ist. Hierzu

reicht ein entsprechender Hinweis und eine konkrete Kostenstelle im Zuwendungsbescheid. Ein Gesamtbetrag, der für die Durchführung eines Projekts gewährt wird und dessen Finanzierungsplan keine Aussage über konkrete Personalstellen und die Dauer für deren Finanzierung trifft, ist kein ausreichender Anhaltspunkt für die Notwendigkeit einer Befristung. Es besteht dann die Möglichkeit, daß Inhaber einer Drittmittelstelle die Weiterbeschäftigung durchsetzen.

hm.

Erfindungsanmeldung soll einfacher werden

Das Europäische Patentamt in München hat eine Vereinfachung des Anmeldeverfahrens in Aussicht gestellt. Dazu sollen eine Verkürzung der Bearbeitungsdauer, eine weitere Senkung der Kosten und europäische Regeln für Patentstreitigkeiten beitragen. Ein durchschnittliches europäisches Patent kostet bei einer Laufzeit von zehn Jahren rund 58 000 DM. Den Hauptkostenblock stellen dabei mit 39% die Übersetzungskosten. Diese könnten durch eine Beschränkung auf

die wichtigsten europäischen Sprachen reduziert werden. Im vergangenen Jahr wurden 113 340 Patente angemeldet. Der Anteil der europäischen Länder liegt bei 50%, der Vereinigten Staaten bei 29% und Japan bei 17%. Innerhalb Europas stammen die meisten Anmeldungen aus Deutschland (16 117). Branchenschwerpunkte sind die Medizintechnik, die Telekommunikation, elektrische Bauteile, Fahrzeugtechnik sowie Biochemie und Gentechnik.

E.A.Z., ls.

Studentin wird Vizepräsidentin in Eberswalde

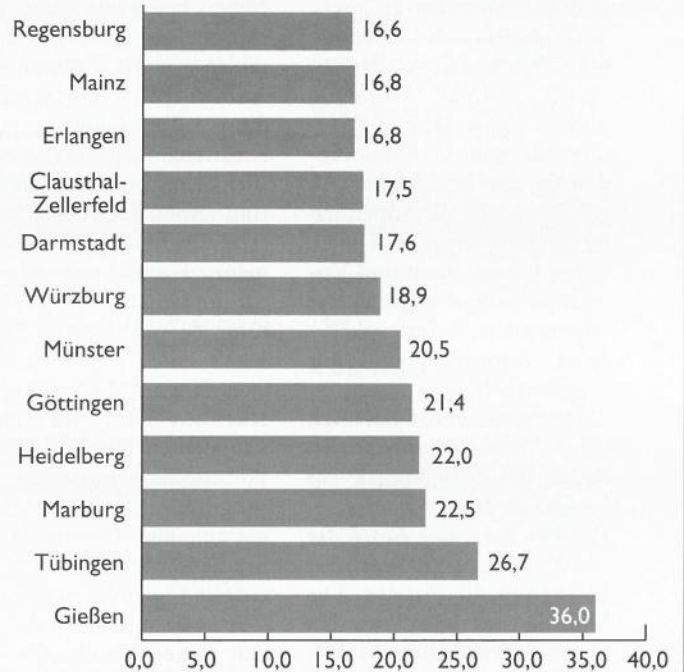
Nach Inkrafttreten des neuen Brandenburgischen Hochschulgesetzes nutzte der Senat der FH Eberswalde die neuen Bestimmungen, eine Studentin im 6. Semester zur Vize-

präsidentin der Hochschule zu wählen. Frau Anke Hollerbach wird in dem neu gebildeten Präsidialkollegium die Interessen der Studierenden vertreten.

ls.

Städte mit dem höchsten Studentenanteil an der Bevölkerung in Prozent

Stand: 1.1.1998; Ursprungsdaten Stat. Bundesamt



Quelle: iwd Nr. 21 v. 25./27. Mai 1999

Die kooperative Promotion auf dem kleinen Dienstweg

1998 konnte die Georg-Simon-Ohm-FH Nürnberg die erste Promotion vermelden, die komplett im eigenen Haus abgewickelt wurde. Ute Fink schloss 1995 ihr Studium der Technischen Chemie mit überragenden Leistungen ab und ging mit Unterstützung ihres betreuenden Professors Hermann Bauer zu einem Forschungsaufenthalt nach China. Zum WS 1996/97 begann sie mit ihrer Dissertation zum Thema „Flußmodulierter Bioreaktor für Proteinfunktionsstudien und risikofreie Gentechnik“, die im September 1998 mit dem Rigorosum abgeschlossen wurde. Prof. Bauer, der an der Universität Tübingen die *venia legendi* besitzt und des-

halb Doktorarbeiten betreuen kann, wertet die Arbeitsergebnisse von Dr. Ute Fink als einen Fortschritt gegenüber der klassischen Gentechnik von derzeit noch nicht absehbarem Wert. Die Ergebnisse ihrer Arbeit wurden im Rahmen eines Plenarvortrags auf einer internationalen Konferenz in Karachi vorgelesen.

Das Promotionsvorhaben wurde durch ein Stipendium des Bayerischen Kultusministeriums im Rahmen der Frauenförderung des Hochschulsonderprogramms II gefördert. Zur Zeit arbeiten im Fachbereich Technische Chemie zwei weitere Doktoranden an ihrer Dissertation.

FH Nürnberg, ls.

Fünf Jahre Stiftung der Deutschen Wirtschaft

Im Mittelpunkt der Stiftungsarbeit steht die Förderung begabter Studierender und Doktoranden an Fachhochschulen und Universitäten. Durch das Studienförderwerk Klaus Murmann werden gegenwärtig 304 Studierende und 34 Promovenden in der Bundesrepublik gefördert, die in Stipendiatengruppen organisiert sind. Vertrauensdozenten und Vertrauensmanager begleiten die Stipendiaten in Ferienakademien, Seminaren und mit Projektarbeiten.

Die Stiftung hat das Ziel, einen überproportionalen Anteil der Stipendiaten aus Fachhochschulen zu rekrutieren. Der derzeitige Anteil der FH-Studierenden liegt erst bei knapp 40 Prozent. Die Stiftung wird deshalb vor den kommenden Auswahlverfahren ihre Informationspolitik an Fachhochschulen nochmals intensivieren und auch ihre Ansprache der technischen Fachbereiche verstärken.

Seit der Arbeitsaufnahme des Studienförderwerks im Jahr 1994 finden zweimal jährlich Assessment-Center zur Auswahl der Stipendiaten statt. Die Auswahlkriterien zielen nicht auf spezielle Kenntnisse oder Fertigkeiten, sondern auf grundlegende

Anlagen und Qualitäten, die Menschen in Führungspositionen auszeichnen müssen. Neben besonders guten Leistungen im jeweiligen Fach zählen dazu überdurchschnittliche Allgemeinbildung, Teamfähigkeit und Kreativität, darüber hinaus auch Flexibilität, die Fähigkeit zum vernetzten Denken sowie gesellschaftliches Engagement. Gerade der letztgenannte Punkt hat für die Stiftung der Deutschen Wirtschaft einen hohen Stellenwert. Nur wer die Bereitschaft erkennen läßt, mit seinen Fähigkeiten gesellschaftliche Prozesse aktiv und verantwortungsbewußt mitzugestalten, hat eine gute Chance, in das Studienförderwerk der sdw aufgenommen zu werden.

An zwei aufeinanderfolgenden Tagen absolvieren die eingeladenen Bewerber verschiedene Subtests: einen halbstündigen Aufsatz, ein 45-minütiges Einzelinterview, eine Präsentation zu einem vorgegebenen Thema nach zweistündiger Vorbereitungszeit und eine einstündige Gruppendiskussion. Jeder Bewerber erhält ein ausführliches Feedback zu registrierten Stärken und Schwächen.

Wesentliches Strukturelement der Stiftung ist die Einrichtung der Vertrauens-

manager und der Vertrauensdozenten. Der Vertrauensdozent leitet eine regionale Stipendiatengruppe. Zu seinem Aufgabenfeld gehört die individuelle Betreuung der Stipendiaten sowie die Unterstützung von Gruppenprojekten der Hochschulen der Region. Für potentielle Bewerber ist er der erste Ansprechpartner.

Vertrauensmanager sind das Bindeglied der Stipendiatengruppen in die unternehmerische Wirtschaft. Sie unterstützen den Vertrauensdozenten und nehmen an den Treffen der Stipendiatengruppen teil. Sie stehen dem Stipendiaten als Ansprechpartner zur Verfügung und vermitteln Kontakte zu Unternehmen und zu Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gesellschaft.

Zur Jahreswende 1998/1999 engagierten sich bereits elf Vertrauensmanager im Studienförderwerk der Stiftung der Deutschen Wirtschaft. Die Zahl der Vertrauensdozenten lag bei 36, wobei die Hälfte von ihnen an Fachhochschulen, die andere Hälfte an Universitäten lehrt. Zielgröße für das Jahr 2002 sind 50 betreute Stipendiatengruppen mit insgesamt ca. 600 Studierenden und 50 Doktoranden.

sdw, ls.

Vertrauensdozenten der sdw an Fachhochschulen:

- Prof. Dr. Stefan Bartels
FH Lübeck
FB Elektrotechnik
- Prof. Dr. Karlheinz Blankenbach
FH Pforzheim-Hochschule für Gestaltung, Technik und Wirtschaft
FB Elektrotechnik
- Prof. Dr. Wilhelm Dercks
FH Erfurt
FB Gartenbau
- Prof. Dr. Ulrike Detmers
FH Bielefeld
FB Wirtschaft
- Prof. Dr. Gerhard Dobner
FH Konstanz-Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung,
Prorektor
- Prof. Dr. Peter Eberle
Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden
FB Wirtschaftswissenschaften
- Prof. Dr. Hartmut Jung
FH Reutlingen-Hochschule für Technik und Wirtschaft
FB Grundlagen
- Prof. Dr. Peter Kayser
FHTW Berlin, Hochschule für Technik und Wirtschaft
FB Wirtschaft
- Prof. Dr. Wigand Langemeyer
FH Hannover
FB Wirtschaft
- Prof. Dr. Andreas L. Lenel
FH Wiesbaden
FB Wirtschaft
- Prof. Dr. Eberhard Menzel
FH Dortmund,
FB Elektrische Energietechnik
- Prof. Dr. Rolf-Dieter Reineke
FH Ludwighafen am Rhein,
Hochschule für Wirtschaft,
Weiterbildungsstudiengang
Internationale Unternehmensberatung
- Prof. Dr. Jürgen Rothlauf
FH Stralsund
FB Wirtschaft
- Prof. Dr. Arno Ruckelshausen
FH Osnabrück
FB Elektrotechnik und Informatik
- Prof. Dr. Claus Schliekmann
FH Regensburg, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen
FB Maschinenbau
- Prof. Dr. B. Schulze-Wilbrenning
FH Gelsenkirchen
FB Physikalische Technik
- Prof. Dr. Wolfgang Veit
FH Köln
FB Wirtschaft
- Prof. Dr. Hans-Herbert Wagschal
FH Frankfurt am Main
FB Wirtschaft, Dekan

Stipendiaten der Stiftung der Deutschen Wirtschaft

		absolut	prozentual
Status	Grundförderung	304	90
	Promotionsförderung	34	10
Hochschulart	(ohne Promovenden)		
	Fachhochschulen	113	37
	Universitäten	191	63
Fachbereiche	Wirtschaftswissenschaften	138	40
	Wirtschaftsinformatik, -recht,	21	06
	-ingenieurwesen, -kommunikation	45	14
	Technische Fächer		
	Geistes- und Naturwissenschaften,	134	40
	Künstlerische Studiengänge u. a.		
Geschlecht	weiblich	131	39
	männlich	207	61

■ **Architektur/
Bauingenieurwesen**

Baubetriebslehre

Lehrbuch
A. Hilmer mit W. Brecheler und
J. Friedrich (alle FH Augsburg)
und R. Weiß (FH München)
Vieweg-Verlag: Wiesbaden 1999

**EMV von Gebäuden, Anlagen
und Geräten**

A. Kohling und A. Oehler
(FH Reutlingen)
VDE-Verlag: Berlin 1998

AutoCAD 2000

Beispiele für das Bauwesen
H. Pätzold (FH Hannover) und
N. Bonhagen
Verlag Vieweg: Wiesbaden 1999

■ **Technik/
Naturwissenschaften**

**Prozeßorientierte
Arbeitsvorbereitung**

Reihe: Organisationsmanagement
und Fertigungsautomatisierung
H. F. Binner (FH Hannover)
Carl Hanser Verlag: München 1999

**Lehrbuch der
Lacktechnologie**

T. Brock, M. Grotelkaes, P. Mischke
herausgegeben von U. Zorll
(FH Niederrhein)
Vincentz Verlag: Hannover 1998

**Taschenbuch der
Telekommunikation**

herausgegeben von H.-J. Gerhardt
(FH Merseburg) und F. Bergmann
Fachbuchverlag: Leipzig 1999

**Einführung in die
Thermodynamik**

Von den Grundlagen zur
technischen Anwendung
Reihe: Studienbücher der
technischen Wissenschaften
12. verbesserte Auflage
C. Günter (FH Braunschweig/
Wolfenbüttel) und H.-J. Hoffmann
Carl Hanser Verlag: München 1999

**Nahbereichs-
photogrammetrie**

Grundlagen, Methoden und
Anwendungen
T. Luhmann (FH Oldenburg)
Wichmann Verlag: Heidelberg 1999

**Einführung in die
Mikrosystemtechnik**

Grundlagen und Praxisbeispiele
F. Völklein (FH Wiesbaden) und T.
Zetterer
herausgegeben von O. Mildner-
berger (FH Wiesbaden)
Verlag Vieweg: Wiesbaden 1999

■ **Betriebswirtschaft/
Wirtschaft**

Dienstleistungsmarketing

1. Bieberstein (FH Niederrhein)
2. Auflage
Kiehl-Verlag: Ludwigshafen 1998

Betriebliche Kommunikation

K. Birker (FH Ludwigshafen)
Verlag Cornelsen: Düsseldorf 1998

**Managementtechniken und
Organisation**

K. Birker (FH Ludwigshafen)
Verlag Cornelsen: Düsseldorf 1998

**Sitzungen erfolgreich
managen**

H. Blom (Hanzehogeschool
Groningen), Verlagsgruppe Beltz:
Weinheim 1999

**Vertriebs-Management
Management Praxis**

G. Dehr und P. Donath
(beide FH Anhalt)
Carl-Hanser-Verlag: München 1999

**Praxisbeispiele zur
Markeinführung**

Ausgewählte Gastvorträge 1998
3. Erfurter Heft, N. Drees (FH
Erfurt)/FB Wirtschaftswissenschaft:
FH Erfurt 1999

**Volkswirtschaftslehre –
Grundlagen**

2. Auflage, W. Frank (FH Coburg)
Verlag Wissenschaft & Praxis:
Sternenfels 1999

Produktion und Beschaffung

R. Grap (FH Aachen)
Vahlen Verlag: München 1998

**Statistik in der
Betriebswirtschaftslehre**

U. Guckelsberger und F. Unger
(FH Ludwigshafen)
Gabler-Verlag: Wiesbaden 1998

**Grundzüge der
Volkswirtschaftslehre**

U. Guckelsberger und S. Kronen-
berger (FH Ludwigshafen)
Kiehl Verlag: Ludwigshafen 1997

**Managementinformations-
systeme in Marketing und
Vertrieb**

herausgegeben von U. Hannig
(FH Ludwigshafen), Schäffer-
Poeschel Verlag: Stuttgart 1998

**Entwicklung eines
Managementinformations-
systems – Rapid Warehousing
mit dem SAS-System**

U. Hannig (FH Ludwigshafen), Schäffer-
Poeschel Verlag: Stuttgart 1998

Material-Management

Grundlagen – Instrumentarien –
Teilfunktionen, J. Härdler (West-
sächsische HS Zwickau)
Carl-Hanser-Verlag: München 1999

SAP R/3 für Manager

K. Hildebrand und M. Rebstock
(FH Ludwigshafen)
ITP Verlag: Bonn 1998

**Management in der Öffent-
lichen Verwaltung**

Organisations- und Personalarbeit
in modernen Kommunalverwaltun-
gen, H. Hopp (FH Ludwigsbun-
den) und A. Göbel, Reihe Praxisnahes
Wirtschaftsstudium, Schäffer-
Poeschel Verlag: Stuttgart 1999

Strategisches Management

K. Karst (FH Ludwigshafen)
Cornelsen Verlag: Düsseldorf 1998

**Kostenstellenrechnung mit
SAP® R/3®**

Mit Testbeispiel und Customizing
für Studenten und Praktiker
2. Aufl. 1999, F. Klenger und
E. Falk-Kalms (FH Dortmund)
Verlag Vieweg: Wiesbaden 1999

Managementschriften

Band 1, herausgegeben von
B. Kremin-Buch, F. Unger und
H. Walz, (FH Ludwigshafen)
Ludwigshafen 1997

**Strategisches Kostenmanage-
ment**

B. Kremin-Buch (FH Ludwigshafen)
Gabler Verlag: Wiesbaden 1998

**Qualitätsentwicklung durch
Supervision**

herausgegeben von W. Kühl
(FH Jena)
Votum Verlag: Münster 1999

Projektmanagement

H.-D. Litke (FH Reutlingen)
STS-Verlag - Haufe-Verlagsgruppe:
München-Planegg 1998

Statistik

Einführung mit praktischen
Beispielen, 8. völlig überarbeitete
und ergänzte Auflage
J. Puhani (FH Ludwigshafen)
Lexika-Verlag: Würzburg 1998

**Kleine Formelsammlung zur
Statistik**

5. überarbeitete und erweiterte
Auflage,
J. Puhani (FH Ludwigshafen)
Lexika-Verlag: Würzburg 1998

**Kartengestützte Zahlungs-
systeme und Konsumenten-
verhalten**

Eine theoretische und empirische
Untersuchung
G. Raab (FH Ludwigshafen)
Duncker & Humblot: Berlin 1998

Personenzentrierte Beratung

Ein Arbeitsbuch für Ausbildung und
Praxis, K. Sander (FH Düsseldorf)
Verlagsgruppe Beltz: Weinheim
1999

Bilanzsteuerrecht

3. Auflage, Ch. Schmidt (FH Nürn-
berg), Eigenverlag: Nürnberg 1998

Einkommenssteuer

Ch. Schmidt (FH Nürnberg)
Eigenverlag: Nürnberg 1998

Körperschaftsteuer

3. Auflage, Ch. Schmidt (FH Nürn-
berg), Eigenverlag: Nürnberg 1998

Umsatzsteuer

4. Auflage, Ch. Schmidt (FH Nürn-
berg), Eigenverlag: Nürnberg 1998

Organisation

2. völlig überarbeitete und
erweiterte Auflage, M. Schulte-
Zurhausen (FH Aachen)
Vahlen Verlag: München 1999

**Einführung in die Finanz-
mathematik**

2. durchgesehene Auflage
J. Tietze (FH Aachen)
Verlag Vieweg: Wiesbaden 1999

**Investitions- und Finanz-
planung**

5. völlig überarbeitete Auflage incl.
Bearbeitungssoftware, H. Walz und
D. Gramlich (FH Ludwigshafen)
Verlag Recht und Wirtschaft:
Heidelberg 1997

**Buchführungstechnik und
Bilanzsteuerrecht**

Grundkurs des Steuerrechts
Band 3, R. Wuttke und W. Weidner
(beide HS Finanzen Ludwigsburg)
Verlag Schäffer-Poeschel: Stuttgart
1999

**Körperschaftsteuer/
Gewerbsteuer**

Grundkurs des Steuerrechts
Band 11, 10. neubearbeitete
Auflage, W. Zenthöfer (FH für
Finanzen Nordkirchen) und
G. Leben (FH Verwaltung Roten-
burg/Fulda)

■ **Recht/Soziologie/Kultur**

**Repetitorium Privatrecht,
Bd 1**

2. erweiterte Auflage
R. Gegner (FH Nürnberg)
Eigenverlag: Nürnberg 1998

**Repetitorium Privatrecht,
Bd 2**

2. erweiterte Auflage
R. Gegner (FH Nürnberg)
Eigenverlag: Nürnberg 1998

**Wettbewerbsrecht –
Einführung – Grundlagen**

R. Gegner (FH Nürnberg)
Eigenverlag: Nürnberg 1998

**Grundzüge des Privat- Han-
dels- und Gesellschaftsrechts
für Wirtschaftswissenschaftler
und Unternehmenspraxis**

3. aktualisierte und überarbeitete
Auflage, E. Führich (FH Kempten)
Vahlen-Verlag: München 1999

Umwandlungssteuerrecht

Grundkurs des Steuerrechts
Band 12, R. Madl (West-sächsische
HS Zwickau), Schäffer-Poeschel
Verlag: Stuttgart 1999

**Supervision und das Ende
der Wende**

Professionelle Kompetenzentwick-
lung in den neuen Bundesländern
W. Kühl und R. Schindewolf (Hg)
(FH Jena), Verlag Leske + Budrich:
Opladen 1999

Hirohito and War

Imperial Tradition and Military Decision
Making in Prewar Japan
P. Wetzler (FHöV Ludwigsburg)
University of Hawaii Press: 1998

**Altbayerische Geschichte.
Epochen und Gestalten**

W. Liebhart (FH Augsburg), Verlags-
anstalt Bayerland: Dachau 1998



Baden-Württemberg

Prof. Dr. Thorsten **Benkner**, Kommunikationstechnik, FH Pforzheim

Prof. Dr. Michael **Felleisen**, Meß- Steuer- und Regelungstechnik, FH Pforzheim

Prof. Dr. Bastian **Kaiser**, Angewandte Betriebswirtschaftslehre in der Holzindustrie, FH Rottenburg

Prof. Dr. Rainer **Luick**, Naturschutz, Landschaftspflege, Umweltschutz, FH Rottenburg

Prof. Dr. Joachim **Paul**, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, internationales Management, FH Pforzheim



Bayern

Prof. Dr. Roman **Mair**, CAD, Konstruktion und technische Mechanik, FH München



Berlin

Prof. Dr. Clemens **Arzt**, Staats- und Verwaltungsrecht, FH Verwaltung und Rechtspflege Berlin



Brandenburg

Prof. Dipl.-Ing. Bernd **Albers**, Baukonstruktion und Entwerfen, FH Potsdam



Bremen

Prof. Dr. Karsten **Dünzte**, Digitale Automatisierungssysteme und industrielle Kommunikationsnetze, HS Bremen

Prof. Dr.-Ing. Thomas **Juch**, Heizungs- und Raumlufttechnik, HS Bremerhaven

Prof. Dr.-Ing. Dieter **Lompe**, Ver- und Entsorgungstechnik, HS Bremerhaven

Prof. Dr.-Ing. **Berend-Otten** Reinders, Werkstofftechnik, HS Bremerhaven

Prof. Dr.-Ing. Peter **Ritzenhoff**, Gebäudetechnik, HS Bremerhaven

Prof. Dr. Thomas **Wieske**, Rechtswissenschaften mit den Schwerpunkten Handels- und Wirtschaftsrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Europarecht, HS Bremerhaven



Hessen

Prof. Dr. Burkhard **Hock**, Betriebswirtschaftslehre, Steuern und Wirtschaftsprüfung, FH Fulda

Prof. Dr. Thomas **Hummel**, Betriebswirtschaftslehre, Unternehmensführung mit internationaler Ausrichtung, FH Fulda

Prof. Dr. Waldemar **Pelz**, Internationales Management und Marketing, FH Gießen Friedberg



Niedersachsen

Prof. Astrid **Kircher**, Innenarchitektur, FH Hannover

Prof. Dr. Lutz **Beckmann**, Baugeschichte und Entwerfen, FH Oldenburg

Prof. Dr. Raymond **Fleck**, Wirtschaftsinformatik, FH Hannover

Prof. Dr.-Ing. Thomas **Sander**, Siedlungswasserwirtschaft und Wasserbau, FH Hannover



Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr.-Ing. Holger **Beckmann**, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Beschaffung und Logistik, FH Niederrhein

Prof. Dr. Ralf **Brickau**, FB Wirtschaft, FH Dortmund

Prof. Dr. Karin **Finsterbusch**, Bekleidungskonstruktion, FH Niederrhein

Prof. Dr. Wolfgang **Geise**, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, FH Niederrhein

Prof. Dr. Hans-Jürgen **Helwig**, Fertigungs- und Handhabungstechnik, FH Niederrhein

Prof. Dr. Rainer **Jurowsky**, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Betriebliche Steuerlehre und Unternehmensprüfung, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Doris **Krumpholz**, Sozialpsychologie, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Wolfgang **Müller**, FB Wirtschaft, FH Dortmund

Prof. Dr. Axel Josef **Oloff**, Werkzeugmaschinen und Automation in der Fertigungstechnik inklusive Steuerungstechnik, FH Gelsenkirchen

Prof. Dr.-Ing. Samir **Salama**, Leistungselektronik und Antriebsregelung, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Jens **Schulte**, Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing, FH Gelsenkirchen, Abt. Bocholt

Prof. Dr. Reinhold **Schone**, FB Sozialpädagogik, FH Dortmund

Prof. Dr. Alfred **Spielkamp**, Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Innovationsmanagement, FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Gerhard **Vormwald**, Fotografie und AV-Design, FH Düsseldorf

Prof. Dr.-Ing. Ralf **Wörzberger**, Bau- und Tragkonstruktion, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Martin **Zimmermann**, Betriebswirtschaftslehre und Rechnungswesen, FH Niederrhein



Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Thomas **Wilhein**, Technische Physik und Mathematik, FH Koblenz, Standort Remagen



Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Wolfgang **Beck**, Verwaltungsrecht mit dem Schwerpunkt Kommunalrecht, FH Harz

Prof. Dr. Norbert **Braun**, Steuern, FH Harz

Prof. Dr. Angela **Kolb**, Verwaltungsrecht, Schwerpunkt Ordnungsrecht, FH Harz

Prof. Dr. Uta **Seewald-Heeg**, Computerlinguistik und Fachübersetzen, FH Anhalt

Prof. Dr. Sabine **Segelken**, Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Verwaltungsführung, Organisation und Personalwirtschaft, FH Harz

Prof. Dr. Carsten **Sonnenberg**, Wirtschaftsrecht, insbesondere Bank- und Versicherungsrecht, FH Anhalt

Prof. Dr. Thea **Stäudel**, Wirtschaftspsychologie, FH Harz

Prof. Dr. Jürgen **Stember**, Verwaltungswissenschaften, FH Harz



Thüringen

Prof. Dipl.-Phys. Dieter **Beckmann**, Analysemesstechnik für Biotechnologie und Umwelt, FH Jena

Prof. Dr.-Ing. Michael **Gebhardt**, Optometrie und Sehhilfetechnik, FH Jena

Prof. Dr. Sylvia **Schade**, Umwelttechnik/Thermodynamik, FH Nordhausen

Prof. Dr. Viola **Weiß**, Mathematik, FH Jena